



ARCHIV NACHRICHTEN.

Herausgegeben vom Landesarchiv Baden-Württemberg

Nr. 30 Mai 2005

Ausstellungen des Staatsarchivs Ludwigsburg im Jahr 2005

Synergieeffekte durch die Kooperation mit bewährten Partnern

In Ludwigsburg werden im Laufe des Jahres 2005 zwei sehr unterschiedliche Ausstellungen gezeigt, bei denen das Staatsarchiv auf die bewährte Zusammenarbeit mit zwei ebenso unterschiedlichen Kooperationspartnern setzt: das Bundesarchiv, insbesondere die Rastatter Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, und die benachbarte Kreissparkasse in Ludwigsburg.

Am 10. Juni 2005 wird die deutsch-polnische Wanderausstellung ... *wir hörten auf, Mensch zu sein: Der Weg nach Auschwitz im Spiegel der Sammlung Haney* präsentiert, die bereits am 27. Januar, dem 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, unter der Schirmherrschaft von Altbundespräsident Roman Herzog in Rastatt eröffnet wurde. In der Ausstellung wird wertvolles Material präsentiert, das der Berliner Sammler Wolfgang Haney (* 1924), selbst *Halb-jude*, seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit ungeheurer Akribie und riesigem finanziellen Aufwand sammelte, um die im Massenmord von Auschwitz gipfelnden nationalsozialistischen Verbrechen zu dokumentieren. Gezeigt werden gegen die polnische Bevölkerung gerichtete Anordnungen und Bekanntmachungen der deutschen Besatzungsmacht, gegen die Juden hetzende Karikaturen sowie künstlerisch anspruchsvolle Plakate zum Umgang mit Auschwitz im Polen der Nachkriegszeit. Darüber hinaus vermitteln vor allem Briefe und Postkarten inhaftierter Polen sowie singuläre Objekte wie KZ-Kleidung, Seifenstücke und Zyklon-B-Behälter erschütternde Einblicke in Leben und Sterben im Vernichtungslager. Auschwitz ist zum Synonym für die Verbrechen des Nationalsozialismus geworden, die beginnend mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 bis heute die deutsch-polnischen Beziehungen belasten. Nicht zuletzt deshalb versteht sich die Ausstellung als notwendige Ergänzung zu dem vom Museum Europäischer Kulturen Berlin entwickelten Ausstellungsprojekt *Frühling im Herbst. Vom*

polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830 bis 1832, das an den Höhepunkt guter deutsch-polnischer Nachbarschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erinnert. Auch diese gemeinsam mit der Rastatter Erinnerungsstätte entwickelte Ausstellung wurde im Mai 2004 im Staatsarchiv Ludwigsburg präsentiert. Deshalb bietet sich nun die Gelegenheit, nicht nur die gute Kooperation mit der Erinnerungs-

stätte fortzusetzen, sondern auch die Möglichkeit, gerade Schulklassen die wechselvolle Geschichte der deutsch-polnischen Geschichte zu veranschaulichen. Darüber hinaus fügt sie sich ein in den Reigen von Vorträgen, die das Staatsarchiv zusammen mit der Volkshochschule der Stadt Ludwigsburg und der Zentralen Stelle, ebenso Außenstelle des Bundesarchivs, zum diesjährigen Rahmenthema *60 Jahre Kriegsende* veranstaltet.



Kostümentwürfe von Dirk von Bodisco für William Shakespeares Hamlet in der Inszenierung von Peter Palitzsch im Schauspielhaus der Württembergischen Staatstheater, 1972. Vorlagen: Landesarchiv Baden-Württemberg StAL EL 221/8 Nr. 303



Während bei der deutsch-polnischen Wanderausstellung nur zwei zusätzliche Vitrinen auf im Staatsarchiv Ludwigsburg vorhandene Dokumente zum Ausstellungsthema hinweisen werden, setzt sich die für den Herbst konzipierte Ausstellung *Bildertheater – Theaterbilder* zum Ziel, auf eine Überlieferung aufmerksam zu machen, die man kaum in einem staatlichen Archiv erwartet. Im Zuge der Aktenaussonderung bei den württembergischen Staatstheatern, die zu den ablieferungs-pflichtigen staatlichen Einrichtungen im Archivsprengel zählen, gelangten etwa 300 so genannte Dekorationsmappen in das Staatsarchiv Ludwigsburg. Sie umfassen zahlreiche teilweise aufwendig kolorierte und von namhaften Künstlern stammende Skizzen für Bühnenbilder oder mit Stoffmustern versehene Entwürfe für Kostüme zu den Aufführungen der 1950er–1970er Jahre. Die Mehrzahl der Entwürfe fällt in die Generalintendanz von Walter Erich Schäfer (1950–1972), der das Renommee der Staatstheater nachhaltig prägte. 1964 war hier etwa Jean-Pierre Ponnelle verantwortlich für die Inszenierung und Ausstattung von Alfred de Mussets *Man spielt nicht mit der Liebe*. In der Ära Schäfer war unter anderen John Cranko Ballettdirektor, Wieland Wagner war Opernregisseur, und als Schauspiel-direktoren fungierten Günter Lüders und der erst kürzlich verstorbene Peter Palitzsch. Zu dessen Hamletinszenierung, die am 31. Mai 1972 im Schauspielhaus Premiere feierte, fertigte Dirk von Bodisco die Kostüme. Aus der Ära Hans Peter Doll ist neben den Ballettdirektoren Glen Tetley und Marcia Haydee etwa Claus Peymann hervorzuheben, der als junger Schauspiel-direktor in Stuttgart von sich reden machte, bevor er am Wiener Burgtheater und nun beim Berliner Ensemble Furore machte und noch macht. Die Ausstellung, die um Kostüme und Requisiten aus den Staatstheatern ergänzt werden soll, wird von einem Theaterwissenschaftler konzipiert, dessen Werkvertrag dankenswerterweise von der Kreissparkasse Ludwigsburg finanziert wird. Die Kooperation mit der Kreissparkasse findet ferner darin ihren Ausdruck, dass ein Teil der Ausstellung in deren Räumen gezeigt wird, während der andere im Ausstellungspavillon des Staatsarchivs zu sehen sein wird. Diese Art der Präsentation hatte sich schon bei der Ausstellung des *Farbenkosmos des Hermann Valentin Schmitt* bewährt. So können dem Staatsarchiv Zielgruppen zugeführt werden, die eine ausschließliche Präsentation in den Archivräumen nur schwer erreichen würde, die Kreissparkasse aber hat die Möglichkeit, einen künstlerisch überregional bedeutsamen Bestand zu präsentieren, der aus der unmittelbaren Region stammt, deren Förderung ein Ziel ihrer Kulturarbeit darstellt ■ *Maria Magdalena Rückert*

Literaturgeschichte(n)

Themenschwerpunkt im Staatsarchiv Wertheim

Auch in diesem Jahr bietet das Staatsarchiv Wertheim wieder eine Vortragsreihe an, die hier angezeigt werden soll. Im vergangenen Jahr wurde als Rahmenthema *Weingeschichte(n)* gewählt. In diesem Jahr stehen die Veranstaltungen unter dem Leitmotto *Literaturgeschichte(n)*.

Den Beginn machte am 17. März 2005 Professor Dr. Bernd Thum von der Universität Karlsruhe, der zum Thema *Wer war Walther von der Vogelweide? Literatur und Politik im Hochmittelalter* sprach. In seinem Vortrag ging es ihm darum, weg von den Klischees eines farbigen Lebens zwischen Minne-Tandaradei und Kaiser-Romantik hin zu einem anderen Bild des Gesellschaftskritikers und politischen Propagandisten zu führen. Anhand von Walthers Dichtung wurde aufgezeigt, welche Leitthemen um 1200 die politischen und intellektuellen Eliten beschäftigten und wie diese sprachlich zu vermitteln waren.

Am 7. Juli 2005 spricht Dr. Peter Thaddäus Lang, Leiter des Stadtarchivs Albstadt, über den jungen Kurt Georg Kiesinger als Gelegenheitsdichter. Damit schlägt er ein eher unbekanntes Kapitel in der Biografie des früheren Bundes-

kanzlers auf, obwohl dieser selbst in seinen Lebenserinnerungen *Dunkle und helle Jahre* verhältnismäßig ausführlich darauf eingeht. Die Gedichte erschienen in den Jahren 1921–1925 in verschiedenen Tageszeitungen, überwiegend in seiner Heimatstadt Ebingen (Stadt Albstadt) und vereinzelt auch in Rottweil, wo er von 1919 bis 1925 das Lehrerseminar besuchte. Außerdem gab er 1924 eine kleine Gedichtsammlung mit dem Titel *Wallfahrt zu Gott* heraus, die er im Freundes- und Bekanntenkreis verteilte. Der Vortrag ergänzt die Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, die zeitgleich vom 10. Juni bis 17. Juli in Bronnbach Station macht.

Am 20. Oktober 2005 wird Wolf Wiechert, der sich in Wertheim selbst einen Namen als Dichter gemacht hat, unter dem Titel *Wolfram & Co., Wertheimer Autoren von 1200 bis 2000* Leben und Werk von Autoren vorstellen, die über und in Wertheim geschrieben haben. Dazu gehört nicht zuletzt Wolfram von Eschenbach, der Dichter des Parzival, in dem auch ein Graf von Wertheim Erwähnung findet.

Die Vortragsreihe endet am 10. November 2005 mit dem Beitrag von Dr. Hilde Heidelmann aus Wertheim, die sich mit einer Wertheimer Schriftstellerin beschäftigt: Amara George alias Mathilde Binder alias Mathilde Kaufmann (1835–1907). Verheiratet war diese Autorin mit Alexander Kaufmann, der seit 1850 fürstlich löwenstein-wertheim-rosenbergscher Archivrat war. *Die Feder in der einen Hand, in der anderen das Wiegenband*, wie sie selbst formuliert, schrieb sie Romane, Novellen, Biografien, Gedichte und übersetzte Werke aus dem Englischen, Französischen und Holländischen.

Der im Staatsarchiv Wertheim liegende Briefnachlass von Alexander Kaufmann war Quelle für einen Lesekurs, der zum gleichen Themenkomplex vom 9. März bis 4. Mai 2005 an fünf Abenden stattfand und Einblicke in die Briefkultur des 19. Jahrhunderts gab.

Alle Veranstaltungen finden im Staatsarchiv Wertheim in Bronnbach statt. Ein detailliertes Programm kann dort angefordert werden: Bronnbach 19, 97877 Wertheim, Telefon 0 93 42/9 15 92-0, Telefax 0 93 42/9 15 92-30, E-Mail: stawertheim@la-bw.de. Nähere Informationen sind auch auf der Homepage www.landesarchiv-bw.de/staw unter der Rubrik *Aktuelles: Ausstellungen und Termine* abrufbar ■ *Martina Heine*



Die Wertheimer Schriftstellerin Mathilde Kaufmann (1835–1907) alias Amara George alias Mathilde Binder, 1903 aufgenommen im Würzburger Atelier Georg Glock.

Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg StAW R Lit. A Nr. 2097 A Bd. VI

Die Affäre Daubmann – eine badische Köpenickiade

Eine Ausstellung aus den Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe und des Staatsarchivs Freiburg

An seinem Schicksal entzündeten sich Volkszorn und monatelanger Jubel der Massen. Mit seinen Lügen als vermeintlich letzter Kriegsheimkehrer hielt er vor mehr als 70 Jahren Millionen Deutsche zum Narren. Und doch interessierte sich bislang kaum einer für die in den Archiven dokumentierte Geschichte des Hochstaplers Oskar Daubmann alias Karl Ignaz Hummel. Diese peinliche und gleichzeitig entlarvende Geschichte wurde verschleiert, verschwiegen und war fast vergessen. Daran änderte sich wenig, als die polizeilichen Ermittlungsakten 1998 in das Generallandesarchiv abgegeben wurden.

Studenten der Universität Karlsruhe haben gemeinsam mit dem Generallandesarchiv die *badische Köpenickiade* und ihre Aufdeckung am Vorabend der Nazi-herrschaft mit einer Ausstellung im Wehr-geschichtlichen Museum Rastatt zurück ins Rampenlicht geholt. Anhand vieler Originale wie Briefe, Vernehmungsproto-kolle, Fotos und Zeitungsausschnitte wird die Geschichte der *Affäre Daubmann* vor-gestellt – und manches bleibt doch uner-klärbar.

Mit dem Wunsch nach einem Bahn-ticket begannen die teils sagenhaften Ge-schichten des Lügners, der seine falsche Identität einem Millionenvolk, der Politik und den Medien vom Mai bis Oktober 1932 glaubhaft zu verkaufen wusste. Nach einer gescheiterten Flucht vor Ar-beitslosigkeit und einer schwangeren Frau schlüpfte der in Italien gestrandete Ignaz Hummel in die Haut seines zeitwei-ligen Klassenkameraden Oskar Daub-mann, der seit 1916 als gefallen galt. Hummel erfand die Geschichte vom letz-ten Kriegsheimkehrer nach 16 Jahren hel-denhaft erlittener Gefangenschaft in den Klauen des Erzfeindes Frankreich. Nach einem Fluchtversuch, bei dem er einen Wachposten erschlagen habe, sei er 1917 von den Franzosen wegen Töt-schlags zu 20 Jahren Haft verurteilt und in ein algerisches Gefangenelager trans-portiert worden. Erst 1932 habe er sich nach gelungener Flucht durch die Wüste und einer Fahrt über das Mittelmeer als blinder Passagier bei seinen Eltern in En-dingen (Landkreis Emmendingen) zurück-melden können – so seine Geschichte.

Als vermeintlicher Kriegsheimkehrer wurde *Daubmann* frenetisch gefeiert. Aus nationalistischem Interesse und aufgrund der starken Vorurteile gegen den einstigen Kriegsfeind Frankreich waren seine Erzählungen Wasser auf den Mühlen derer, die um jeden Preis Frankreich an den internationalen Pranger stellen woll-ten. Der falsche Daubmann wurde unter anderem für Joseph Goebbels und viele Veteranenvereine zum Kronzeugen.

Von mehr als 15 000 Menschen wurde ihm in Endingen ein Empfang be-reitet. Tausende besuchten seine Vorträge über seine vermeintlichen Leiden; eine Publikation seiner Erlebnisse wurde vor-bereitet. Kaum einer wagte einen Zweifel laut zu äußern, zumal ja auch Daub-manns Eltern den verloren geglaubten Sohn feierten.

Als die französischen Behörden aber jede Kenntnis eines Daubmann abstritten, verstärkten die deutschen Behörden ihre Ermittlungen. Ein französischer Kriegsge-fangener sowie Matrosen brachten schließlich die Wahrheit ans Licht: In einem Brief des Ex-Fremdenlegionärs entpuppten sich Daubmanns Angaben zum Lager als *völlig falsch*. Auch die Be-satzung eines Dampfers, mit dem Daub-mann nach Europa geschifft sein wollte, versicherte, der Mann sei ihnen *weder persönlich noch dem Namen nach be-kannt*. Vom deutschen Konsulat in Tunis hieß es außerdem, Daubmann könne sich auf seiner abenteuerlichen Flucht gar nicht – wie von ihm behauptet – von Ko-kosmilch ernährt haben: Es wüchsen in dieser Region gar keine Kokosnüsse. Fin-gerabdrücke brachten schließlich den eindeutigen Beweis. Daubmann war in

Wahrheit Hummel, ein in der Schweiz ge-borener, in Offenburg beheimateter, mehrfach vorbestrafter Schneider.

Der Hochstapler wurde wegen schwerer Urkundenfälschung und Be-trugs zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, der sich bis 1945 Sicherheitsverwahrung anschloss, denn die Blamage der Natio-nalisten sollte unterdrückt werden. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich Hummel in Deutschland eine neue bür-gerliche Existenz aufbauen.

Die Affäre Daubmann wurde schnell vergessen, weil sie den Nazis peinlich war. Dann folgte der Krieg, nach dessen Ende andere Themen wichtiger waren. Nur die Endinger, die Daubmann damals den Teppich ausgerollt hatten, erfahren die Auswirkungen der Geschichte noch heute: Sie werden im Streit und im Scherz nach wie vor als *Daubinger* be-zeichnet, wenngleich die Allermeisten nicht mehr wissen, wie der Name ent-standen ist.

Als weitere Stationen der Ausstel-lung, die bis Ende März in Rastatt zu sehen war, sind Freiburg im Breisgau und Sigmaringen vorgesehen. ■ *Clemens Rehm*

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Einführungstag im Generallandesarchiv Karlsruhe

Sich regen bringt Segen. Die Ar-beitswelt in der Geschichte lautet das diesjährige Motto des alle zwei Jahre aus-geschriebenen Geschichtswettbe-werbs des Bundespräsidenten. Dabei sind in besonderem Maße die Angebote der Archive gefragt, denn die Arbeiten sollen sowohl mit der Lebenswelt der Schüler verbunden sein als auch über eine historische Komponente verfügen, also den Blick vor die eigene Lebensepo-che werfen. Grund genug, im Generallan-desarchiv Karlsruhe gemeinsam mit der Körper-Stiftung als Ausrichter des Wett-bewerbs am 17. September 2004 eine Fortbildungsveranstaltung für Wettbe-werbstutoren und solche, die es werden wollten, anzubieten.

Zunächst wurden den etwa 25 Teil-nehmern aus Hessen, Baden-Württem-berg und Rheinland-Pfalz der Wettbe-werb und die Erwartungen an Wettbe-werbsbeiträge aus der Sicht einer Jurorin erläutert, denn schließlich ist die Mög-lichkeit, Preise zu gewinnen, eine große Mo-tivation für die Schüler, sich zu beteiligen. Ein fehlender Bezug zur eigenen Lebens-welt oder ungenügende historische Re-cherche für die Arbeiten vereiteln oft genug dieses Ziel, ohne dass dies den Teilnehmern überhaupt bewusst wird.

Christof Strauß vom Staatsarchiv Freiburg und Clemens Rehm vom Gene-rallandesarchiv Karlsruhe stellten an-schließend Quellengruppen vor, in denen einerseits die Arbeitswelt eindrucksvoll ihren Niederschlag gefunden hat, die aber andererseits die Lesefähigkeit Jugend-licher nicht vor unüberwindliche Hinder-nisse stellen. Hierzu zählen zum Beispiel Dokumente zur Arbeitswelt in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit den zeittypischen Problemen: (Jugend-) Arbeitslosigkeit, Mangelwirtschaft und Eingliederung von Heimatvertriebenen und rückkehrenden Kriegsgefangenen in die Arbeitswelt. Aber auch Quellen zu den Spätfolgen der Industriellen Revolu-tion im 19. Jahrhundert konnten begut-achtet werden: Kinder- und Frauenarbeit, Streiks und Arbeitskämpfe, Arbeiterunru-hen und die Überwachung gewerkschaft-licher Tätigkeit durch die Behörden des Großherzogtums Baden. So konnten sich die künftigen Tutoren und Tutorinnen sel-ber einen Eindruck von den Anforderun-gen, aber auch vom Reiz der Quellenar-beit machen.

Bei der konkreten Planung von Pro-jekten im Rahmen des Schülerwettbe-werbs empfiehlt es sich aus Sicht der Ar-chive, möglichst frühzeitig Kontakt aufzu-

nehmen – sei es durch den Tutor oder die Wettbewerbsteilnehmer selbst – und die Nutzungsmöglichkeiten abzusprechen, denn allzu oft haben beispielsweise Archive nur zu den Zeiten geöffnet, in denen die Schülerinnen und Schüler Unterricht haben. Hier ist von Schulen und Archiven Koordination und Flexibili-

tät zugunsten erfolgreicher Projekte gefragt.

Als Anreiz war sicher auch die nunmehr schon 6. Tagung für Archivpädagogik zu verstehen, die vom Generallandesarchiv und dem Oberschulamt Karlsruhe am 11. März 2005 im Landesmedienzentrum Karlsruhe stattfand. Im Rahmen die-

ser Tagung wurden Beiträge des diesjährigen Geschichtswettbewerbs präsentiert. Weitere Informationen sind erhältlich bei Dr. Clemens Rehm, Generallandesarchiv Karlsruhe, Telefon 07 21/9 26-22 67, E-Mail: clemens.rehm@la-bw.de ■
Clemens Rehm/Christof Strauß

Neue Wege in der Archivpädagogik

Freiwilligenengagement im Staatsarchiv Ludwigsburg

Seit 2001 besteht für Jugendliche und junge Erwachsene die Möglichkeit, ein freiwilliges soziales Jahr in einer kulturellen Einrichtung abzuleisten. Das so genannte freiwillige kulturelle Jahr bildet zusammen mit dem Ausbau des Ehrenamts, wie er derzeit vor allem von den Kommunen betrieben wird, einen Baustein bei der Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement, auf das in Zeiten zurückgehender öffentlicher Finanzen nicht zuletzt die Kultureinrichtungen in zunehmendem Maße angewiesen sein werden. Gleichzeitig wird mit der Möglichkeit zur Ableistung eines solchen Bildungsjahrs Jugendlichen Unterstützung bei ihrer Lebens- und Berufsplanung angeboten. Sie haben zudem Gelegenheit, sich frühzeitig mit kulturellen Belangen und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft auseinander zu setzen. Bestandteil des freiwilligen kulturellen Jahrs sind neben der aktiven Mitarbeit in einer Kultureinrichtung auch mehrere Seminare, die in Baden-Württemberg vom Bundesverband Kulturelle Jugendbildung e.V. als Träger des FSJ Kultur angeboten werden. In ihrer Einrichtung sollen die Jugendlichen im Laufe des Jahres zudem

ein eigenständiges Projekt realisieren, das sich nach Möglichkeit an Kinder und Jugendliche als Zielgruppe richtet. Im Jahr 2004/05 stehen bundesweit etwa 400 Freiwilligenplätze in Kultureinrichtungen zur Verfügung, womit die große Nachfrage allerdings nicht annähernd befriedigt werden kann. Einsatzstellen sind insbesondere *klassische Kultureinrichtungen* wie Theater und Museen, Musikschulen und Orchester sowie soziokulturelle Zentren. Archive haben bislang nur vereinzelt Freiwilligenplätze zur Verfügung gestellt. Für die im Jahr 2004/05 erstmals eingerichtete Stelle im Staatsarchiv Ludwigsburg gingen so viele Bewerbungen ein, dass sich das Staatsarchiv entschlossen hat, neben dem regulären Freiwilligenplatz in Zusammenarbeit mit der örtlichen Kreissparkasse außerhalb des FSJ Kultur ein weiteres Jahrespraktikum für eine nicht zum Zuge gekommene Bewerberin anzubieten.

Konzeption und Zielsetzung des freiwilligen kulturellen Jahrs bieten für Archive in hervorragender Weise die Möglichkeit, ihre Angebote im archivpädagogischen Bereich auszubauen und damit

aktiv ein Publikum anzusprechen, das bislang nahezu ausschließlich über die Zusammenarbeit mit Lehrern erreicht werden konnte. Von großem Vorteil ist, dass die Veranstaltungsangebote von den Freiwilligen inhaltlich mitgestaltet werden, lassen sie sich doch auf diesem Weg leichter auf die Bedürfnisse und Interessen eines jungen Publikums ausrichten. Im Staatsarchiv Ludwigsburg konnte im Rahmen des FKJ erstmals ein regelmäßiges Führungsangebot für Kinder und Jugendliche realisiert werden, das auf überraschend regen Zuspruch stieß. Die regelmäßig angebotenen Führungen für Kinder im Grundschulalter waren stets nach kürzester Zeit ausgebucht. Zwischenzeitlich werden sie auch gerne von ganzen Schulklassen gebucht, ohne dass es dazu einer übermäßigen Werbung des Archivs bedürfte. Ohne die Unterstützung durch die Freiwilligen hätte diese Erweiterung des Veranstaltungsangebots ohne Zweifel nicht realisiert werden können. Schon allein deshalb soll im Staatsarchiv Ludwigsburg auch im Jahr 2005/06 ein Freiwilligenplatz eingerichtet werden ■ *Peter Müller*

Das etwas andere *freiwillige soziale Jahr*: ein kulturelles Jahr im Staatsarchiv Ludwigsburg

Letztes Jahr im Juni war es geschafft: 13 Jahre Schule lagen hinter mir, das Abitur in der Tasche, ein neuer Lebensabschnitt konnte beginnen. Doch ehrlich gesagt, war ich anfangs noch ziemlich orientierungslos. Wie viele andere quälte auch mich die große Frage nach der Zukunft ... und was jetzt?

Sicher war, dass ich nicht sofort mit einem Studium beginnen, sondern erst einmal praktische Erfahrungen sammeln und Zeit zur Orientierung gewinnen wollte. Nachdem ich mich informiert hatte, welche Möglichkeiten mir offen standen, war klar, dass ich ein freiwilliges soziales Jahr machen wollte. Jedoch nicht wie gewöhnlich in einem Kindergarten, Altenheim oder Krankenhaus, sondern in einer kulturellen Einrichtung. Während überwiegend Theater und Musikschulen Plätze

für ein kulturelles Jahr anbieten, hatte ich Glück und bekam eine Stelle im Staatsarchiv Ludwigsburg. Im September 2004 ging es dann los. Für mich war vieles neu, doch ich habe mich schnell eingelebt. Nach fünf Monaten kann ich sagen, dass ich die richtige Entscheidung für mich getroffen habe und froh bin, diese Erfahrung machen zu können: einen Einblick in die Arbeitswelt zu bekommen, Geschichte zu entdecken, aber auch selbstständig zu wohnen und neue Menschen und Sichtweisen kennen zu lernen.

Meine Aufgaben im Staatsarchiv Ludwigsburg bewegen sich in zwei Bereichen, der Öffentlichkeitsarbeit, die den größeren Teil umfasst, und der Archivpädagogik.

Für den Tag der Archive im September 2004 entwarf ich eine Präsentation

(*Vom Militäreal zum Haus der Geschichte*) und Namensschilder für die beteiligten Mitarbeiter. Inzwischen habe ich auf der Grundlage von bereits vorhandenen Texten und ausgewählten Archivalien drei virtuelle Ausstellungen erstellt. Die erste befasst sich mit Polen und Württemberg zwischen 1830 und 1838, die zweite Ausstellung mit dem Titel *Tötung in einer Minute* thematisiert Grafeneck, eine der sechs *Euthanasie*-Anstalten im Dritten Reich, und die dritte behandelt das Thema *Hexenverfolgung im 16. und 17. Jahrhundert*. Die nächste Ausstellung über *Deutsche Heimschulen* werde ich komplett selbstständig erarbeiten, das heißt, ich schreibe die Texte und wähle die Archivalien aus.

Dieses Aufgabenfeld bedeutet viele Stunden Computerarbeit. Daher bietet

der zweite Aufgabenbereich, die Archivpädagogik, einen Ausgleich. Zusammen mit der betreuenden Referentin erarbeite ich ein Kinder- und Jugendprogramm für das Staatsarchiv Ludwigsburg. Die verschiedenen Angebote gehen von einer Veranstaltung über Ritter und Wappen (*Wir führen was im Schilde*) über ein Quiz bis zu einer geplanten Rallye durch das Archiv.

Unser erstes Angebot *Wir führen was im Schilde* für Kinder im Grundschulalter ist dreiteilig aufgebaut. Ausgehend von der Frage, wie man zwei Ritter unterscheiden konnte – nämlich anhand ihrer Wappen –, werden die Kinder in das Thema eingeführt. Sie erfahren etwas über *redende* Wappen, die Farbregeln oder die Fachsprache für die Beschreibung der Wappen. Die Geschichte vom Ritter Erkinger Relch, der sein Wappen an Ritter Georg von Wöllwarth verkaufte, dient als Übergang in den zweiten Teil der Veranstaltung: die Führung durch das Magazin. Diese *Reise in die Vergangenheit* soll den Kindern die Aufgabe eines Archivs verdeutlichen. Heute wissen wir nur so viel über die Vergangenheit – wie beispielsweise über den Wappenhandel zwischen Relch und Wöllwarth –, weil Archive Schriftstücke aus dieser Zeit aufbewahren. Abschließend darf jedes Kind einen eigenen Schild aus Karton mit Hilfe von Schablonen basteln.

Die zweite Veranstaltung – ein Quiz für Kinder im Alter zwischen zehn und 14 Jahren – wird demnächst angeboten. Nach einer Führung durch das Archiv folgt eine Quizshow, bei der die Kinder Fragen aus drei Kategorien beantworten müssen: Allgemeine Archivfragen (*Wie viele Kilometer Archivgut werden zur Zeit im Staatsarchiv Ludwigsburg aufbewahrt?*), spezielle Fragen, die sich anhand von Archivalien beantworten lassen (*Was tat ein Richter, wenn er über jemanden den Stab brach?* oder: *Was ist eine Papstbulle?*), und Fragen zur Zeitgeschichte (*Für was steht die Abkürzung NSDAP?*, *Wer war von 1949 bis 1963 der erste deutsche Bundeskanzler?* oder *Wann fiel die Berliner Mauer?*). Ich bin vor allem für die Vorbereitungen dieser Kinderveranstaltungen zuständig: Power-Point-Präsentationen zur Visualisierung müssen gestaltet und erstellt, Fragen ausgedacht und Bastelmaterialien bearbeitet werden.

Wer ein freiwilliges kulturelles Jahr in einem Archiv machen möchte, sollte sich natürlich für Geschichte interessieren. Nirgendwo anders als in einem Archiv wird man näher an die Geschichte herangeführt und kann sie auf direktem Weg, nämlich über die umfangreichen Archivalien, entdecken ■ *Carmen Haug*



*Kinder basteln am Schluss der Veranstaltung »Wir führen was im Schilde« mit Hilfe von Schablonen einen eigenen Wappenschild aus Karton.
Aufnahme: Landesarchiv Baden-Württemberg StAL*

Blinde als Mitarbeiter im Archiv?

Ein vielversprechendes Projekt im Generallandesarchiv Karlsruhe

In vielen öffentlichen Archiven arbeiten Schwerbehinderte – das entspricht der sozialen Verantwortung und dem Pflichtanteil der Verwaltung, es entspricht aber auch den differenzierten archivischen Arbeitsprozessen, durch die sich Schwerbehinderte in Abläufe integrieren lassen. Aber Blinde? Als der Arbeitskreis für Aus- und Weiterbildung Karlsruhe im vergangenen Jahr beim Generallandesarchiv anfragte, ob es probeweise ein Praktikum für eine Sehgeschädigte gestalten könne, schien das eine zumindest ungewöhnliche Herausforderung an Fantasie und Einfühlungsvermögen. Am Ende des Praktikums, um dies vorwegzunehmen, waren alle Beteiligten überzeugt, dass hier ein lohnendes und wegweisendes Experiment gewagt worden war.

Freilich auch unter besonders günstigen Umständen. Die Praktikantin war Wissenschaftliche Dokumentarin und stand so dem archivischen Denken nicht ganz fremd gegenüber. Dazu kam, dass sie die blindenspezifischen Hilfsmittel am Computer, Braillezeile und synthetische Sprache, perfekt handhabte. Die Braillezeile wird als Ausgabegerät an den Computer angeschlossen und überträgt die Zeichen des Bildschirms durch herauspringende Stifte in die von Louis Braille erfundene Blindenschrift. Die Bearbeiterin war in der Lage, bei Redaktionsgesprächen die Textfassung auf dem Bildschirm zeitgleich mit dem Betreuer zu lesen; es gab keine zeitliche Verzögerung zwischen beiden, und Problemfälle waren so immer schnell gelöst. Verwirrt war höchstens der

Betreuer, wenn die Lautsprecher wieder einmal einen *MI-DO-SA*-Befehl herausbellten.

Da die EDV-gestützte Inventarisierung archivisch ja einen breiten Raum mit zahlreichen Arbeitsschritten einnimmt, war schnell klar, dass sich hier eine Fülle von Arbeitsmöglichkeiten aufat. Die Praktikantin konnte ihre Vorkenntnisse am besten dort einbringen, wo der Grenzbereich zur Dokumentation nahe lag. So erstellte sie zu einem Findbuch über Verwaltungsgerichtsprozesse mithilfe einer internen Schlagwortdatei des Verwaltungsgerichts ein Sachregister – eine Arbeit, zu der eine Schreibkraft nicht in der Lage wäre, die aber für die nutzerfreundliche Aufbereitung eines chronolo-

gisch, nicht systematisch geordneten Inventars unverzichtbar ist. Der nächste Schritt galt der redaktionellen Kontrolle und Indexierung von schwierigen Texten: Urkundenregesten eines Adelsarchivbestands. Die Grenzen waren dabei klar: Zweifelhafte Orts- und Personenidentifizierungen konnte nur der Bearbeiter selbst erledigen. Trotzdem bedeutete die Durchsicht der Regesten auf sprachliche und orthografische Korrektheit und die Anlage des Orts- und Personenindex eine wesentliche Hilfe vor der Endredaktion.

Um die Möglichkeiten der Archivarbeit noch weiter auszutesten, wurde auch eine Hilfskraft hinzugezogen (*Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz* heißt das im Amtsdeutsch der Sozialhilfegesetzge-

bung). Stundenweise stand dabei ein gehbehinderter Akademiker zur Verfügung, der Aktentitel aus analogen Findmitteln auf eine Audiotassette las oder aus einfacherem Archivgut selbst bildete. Die Umsetzung in das MIDOSA-Programm bis hin zur fertig redigierten Titelaufnahme lag dann wieder bei der Praktikantin.

So war der Versuch unterm Strich gelungen. Und mehr als das. Es ging um Tätigkeitsmerkmale von Sehgeschädigten – und der Erfolg hat gezeigt, dass auch Archivarbeit dazu gehören kann und dass beide Seiten davon profitieren. ■ *Konrad Krimm*

Archivische Arbeit in Zahlen

Aus den Jahresberichten der Staatsarchive

	2002	2003	2004
Anzahl der zu betreuenden Dienststellen	1960	1959	1959
Anzahl der Dienststellen, die abgeliefert haben	178	203	272
Zugang in Metern	1536	1798	2226
Gesamtbestände in Metern	128 447	130 369	132 463
Umfang des verzeichneten Archivguts in Metern	1335	1702	1813
Anzahl der Titelaufnahmen	115 671	127 997	273 531
Anzahl der persönlichen Nutzer	3867	3769	3919
Nutzertage	12 690	12 110	12 497
Anzahl der den Nutzern vorgelegten Archivalien	106 309	83 264	133 095
Schriftliche Auskünfte	8332	9292	7708
Reproduktionen (Elektrokopien und Reader-Printer-Ausdrucke)	270 951	263 023	229 510

Der zentrale Arbeitsschwerpunkt des Jahres 2004 war für die Staatsarchive wie die Landesarchivdirektion die Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform, deren organisatorischer Rahmen mit Gesetz vom 1. Juli 2004 festgelegt wurde. Zum einen waren die internen Vorbereitungen für das neu zu schaffende Landesarchiv Baden-Württemberg zu treffen, insbesondere die Überführung der bislang zweistufigen Archivverwaltung in eine einstufige Verwaltung mit zehn Abteilungen, verbunden mit einer neuen Geschäftsverteilung, die zum 1. Januar 2005 in Kraft trat. Zum anderen waren die Auswirkungen der Organisa-

tionsveränderungen bei den anderen Landesbehörden im Bereich der Schriftgutverwaltung aufzufangen. Die Aktenaussonderung bei den Behörden, die zum 1. Januar in die Regierungspräsidien und in die Landratsämter eingegliedert wurden und von denen nicht wenige bereits ihren Dienstsitz räumen mussten, beschäftigte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsarchive in besonderem Maß. Entsprechend hoch waren im Berichtsjahr die Zahl der Behörden, die ihre Unterlagen an die Archive abliefern, sowie der Umfang des übernommenen Registraturguts. Trotz der Arbeitsbelas-

tung im Bereich der Schriftgutverwaltung, Aktenaussonderung und -übernahme konnten die Erschließungsleistungen gegenüber den Vorjahresergebnissen deutlich gesteigert werden; die Anzahl der Titelaufnahmen, das heißt die Beschreibung der Archivalieneinheiten, wurde gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Einen wesentlichen Anteil an den sehr guten Ergebnissen haben die – zum Teil mit Drittmitteln geförderten oder mit Maßnahmen der Agenturen für Arbeit finanzierten – Erschließungsprojekte. Einen Schwerpunkt der Nutzbarmachung von Archivgut bildet auch die Retrokonversion von Findmitteln, sodass die Zahl der online verfügbaren Findbehelfe deutlich gesteigert werden konnte. Im Berichtsjahr kamen wieder mehr Nutzer in die Lesesäle der Staatsarchive, die dort auch länger verweilten. Deutlich gesteigert hat sich ebenso die Zahl der vorgelegten Archivalieneinheiten. Hier schlugen Forschungsvorhaben zu Buche, bei denen ganze Bestände oder große Teile davon vorgelegt und gesichtet werden. Der Rückgang bei den schriftlichen Auskünften ist unter anderem darauf zurückzuführen, das die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen weitgehend abgeschlossen ist, sodass entsprechende Anfragen und Recherchen auslaufen. Zum anderen mag so manche Anfrage auch durch eigene Recherchen im Internetangebot des Landesarchivs beantwortet werden können. ■ *Nicole Bickhoff*

Verwaltungsstrukturreform umgesetzt

Folgen für die archivische Überlieferung

Das Gesetz zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-Reformgesetz) vom 1. Juli 2004 bildet die Grundlage für eine umfassende Verwaltungsreform, deren Ziel es ist, *durch die Bündelung der zergliederten Zuständigkeiten von den einzelnen Sonderbehörden in den Regierungspräsidien und in den Landratsämtern und Stadtkreisen ... einheitliche Anlaufstellen mit kurzen Wegen zu schaffen*, so die Begründung zum Gesetzesentwurf. Zum 1. Januar 2005 ist das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz in Kraft getreten. Von der Reform betroffen sind die Schulämter, die Ämter für Flurneuordnung und Landentwicklung, die Forstämter, die Versorgungsämter, die Gewässerdirektionen, die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter, die Straßenbauämter, die Vermessungsämter, die Landwirtschaftsämter sowie die Lebensmittelüberwachung, deren Aufgaben ganz oder zu großen Teilen den Landratsämtern und gegebenenfalls den Stadtkreisen als untere Verwaltungsbehörden übertragen werden. An die Regierungspräsidien – zum Teil an ein Regierungspräsidium als *Vorortaufgabe* – fallen die Aufgaben der Oberschulämter, des Landesamts für Flurneuordnung und Landentwicklung, der Forstdirektionen, des Landesversorgungsamts, der Landesstelle für Straßentechnik, des Landesamts für Geologie und des Landesdenkmalamts.

Die Auflösung aller unteren Sonderbehörden sowie die Eingliederung der meisten Landesoberbehörden und höheren Sonderbehörden in die Regierungspräsidien markieren einen massiven Einschnitt in der baden-württembergischen Landesverwaltung. Die Folgen des Verwaltungsumbaus für die Aufgabenwahrnehmung und -erfüllung sind noch nicht abzusehen – und dies gilt auch für die zukünftige Bildung einer archivischen Überlieferung.

Mit der Eingliederung der unteren Sonderbehörden in die Land- und Stadtkreise ändert sich auch die archivische Zuständigkeit für deren Überlieferung. Gemäß Landesarchivgesetz geht die Zuständigkeit für die Archivierung auf die Kreisarchive und Stadtarchive über, da Gemeinden und Landkreise Archivgut in eigenen Archiven verwahren und erhalten. Dies gilt auch für Unterlagen, die aus der Aufgabenwahrnehmung der Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden ent-

stehen, die ebenfalls in die Kreisarchive übernommen werden, sofern diese archivfachlichen Ansprüchen genügen.

Es war von Anfang an klar, dass frühzeitig Gespräche zu führen sein würden mit allen Beteiligten – mit den betroffenen Behörden, den zuständigen Ministerien, den Kreis- und Stadtarchiven. Durch ein abgestimmtes Vorgehen sollten manche Unzulänglichkeiten und Mängel, die bei der Eingliederung der Wasserwirtschafts-, Gesundheits- und Veterinärämter 1995 aufgetreten waren, verhindert werden. Ziel musste – und muss weiterhin – sein, Unterlagen von bleibendem Wert zu sichern und geordnete und transparente Strukturen der archivischen Überlieferung zu erhalten. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass die Ämter nicht eins zu eins in die Landratsämter eingegliedert, sondern sprengelgemäß auf mehrere Landratsämter aufgeteilt werden.

Schon 2003 nahm die Landesarchivdirektion daher erste Gespräche mit Vertretern der Kreis- und Stadtarchive auf. In kooperativen Besprechungen wurde das Vorgehen bei der Aussonderung der Akten der einzugliedernden Behörden abgestimmt. Ergebnis war, dass die Kreisarchive in die anstehenden Aussonderungen einbezogen wurden; außerdem wurden die Bewertungsmodelle, die bereits für die betroffenen Behördenbereiche existierten oder noch *auf die Schnelle* erstellt wurden, vorgestellt und Änderungsvorschläge aufgegriffen. Für die Bildung einer übersichtlichen Überlieferungsstruktur ist die Anerkennung der jeweiligen archivischen Zuständigkeit wichtig. Daher wurde festgelegt, dass Schriftgut, das bei den Behörden bis zum Zeitpunkt der Eingliederung entstanden ist, unabhängig vom Zeitpunkt der Aussonderung staatliches Schriftgut ist, das von den Staatsarchiven ausgesondert wird.

Da mit der Verwaltungsstrukturreform nicht nur eine Verlagerung der Aufgaben, sondern auch eine Aufteilung des Schriftguts auf die Nachfolgebehörden verbunden ist, wurde auch mit den Ministerien, deren nachgeordnete Bereiche in die Reform einbezogen waren, frühzeitig Kontakt aufgenommen. Für alle betroffenen Behörden wurden so genannte *Handlungsempfehlungen zur Aktenaussonderung und Schriftgutverwaltung* formuliert, um sicherzustellen, dass vor Umsetzung der Eingliederung das Schriftgut, das für die Aufgabenerfüllung nicht mehr

benötigt wird, ausgesondert wird. Daher wurde in den *Handlungsempfehlungen* auf die Änderung der archivischen Zuständigkeit hingewiesen und die Aufforderung ausgesprochen, eine Aktenaussonderung durchzuführen. Vor Beginn der Aussonderung sollte aber Kontakt zu dem zuständigen Staatsarchiv aufgenommen werden. Außerdem sollten Unterlagen, die noch zur Aufgabenerledigung benötigt und daher nicht ausgesondert werden können, zum Stichtag 31. Dezember 2004 geschlossen werden.

Im Laufe des Jahres 2004 wurden mit allen Ministerien Gespräche geführt und die Folgen für die Schriftgutverwaltung erläutert. Die Ministerien versandten in Folge die *Handlungsempfehlungen*, die durch Bewertungsmodelle ergänzt wurden, an ihre nachgeordneten Behörden mit der Aufforderung, entsprechend den Empfehlungen zu verfahren. Parallel wurden die Behörden von den Staatsarchiven kontaktiert; diese stimmten auch mit den Kreisarchiven in ihrem Sprengel das weitere Vorgehen ab.

Waren die Maßnahmen erfolgreich? Eine Bilanz wird wohl erst in einem bis anderthalb Jahren gezogen werden können, wenn die *Bugwelle* weitgehend abgearbeitet sein wird. Erschwerend war der große zeitliche Druck, mit dem der Behördenumbau vollzogen wurde. Nach Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes blieb gerade ein halbes Jahr, um die Entscheidungen zu vollziehen. Dass die Schriftgutverwaltung angesichts der immensen Aufgaben, die zu bewältigen waren, in den Augen der Behörden nicht gerade das drängendste Problem war, liegt auf der Hand.

Auch wenn die staatlichen Archive nun für die unteren Sonderbehörden ihre unmittelbare Zuständigkeit verloren haben, werden noch über viele Jahre oder Jahrzehnte deren Unterlagen in die Staatsarchive übernommen werden. Dies bedeutet sogar einen Mehraufwand gegenüber der bisherigen Praxis, da die Aussonderung aufgrund der Verteilung von Aufgaben und Schriftgut mit mehreren Landratsämtern und Kreisarchiven besprochen und abgewickelt werden muss. Die weiterhin enge Kooperation und Abstimmung mit den Kreisarchiven ist ein absolutes Muss, um überschaubare Überlieferungsstrukturen und Überlieferungskontinuität zu sichern. ■ *Nicole Bickhoff*

Rettung von Kulturgut

Erfahrungen des Staatsarchivs Ludwigsburg mit der Verwaltungsreform

Wann müssen Sie denn umziehen? – diese Frage wurde in den vergangenen Monaten zum Kernsatz jedes Gesprächs mit Vertretern derjenigen Behörden, die im Rahmen der Verwaltungsreform in die Landratsämter integriert wurden. Was mit der Verwaltungsreform auf die staatliche Archivverwaltung zukommen würde, war zwar bereits bei den ersten veröffentlichten Planungen zu erahnen gewesen. Doch hatte man anfangs noch gehofft, dass sich der Übergang von der staatlichen zur kreiseigenen Behörde in den meisten Fällen mehr oder weniger auf einen Austausch des Türschilds beschränken würde.

Das Vorgehen bei der Überlieferungsbildung wurde Anfang 2004 in Besprechungen mit den Kreisarchivaren festgelegt. Für die meisten Forstämter, Schulämter, Landwirtschaftsämter, Flurneuordnungsämter, Vermessungsämter, Versorgungsämter, Straßenbauämter und Gewerbeaufsichtsämter – um nur eine Auswahl der betroffenen Behörden zu nennen – war es sicher nicht das drängendste Problem, dass ihre Unterlagen, die nach dem 1. Januar 2005 entstehen, nicht mehr den staatlichen Archiven, sondern den anerkannten Archiven der Landkreise anzubieten sein werden. Für die zukünftige Nutzung ist es dagegen wesentlich, dass die Sicherung der Überlieferung klaren Grundlinien folgt, und eine der wichtigsten davon ist die Festlegung, dass Unterlagen von bleibendem Wert aus staatlicher Zeit in den staatlichen Archiven zu finden sind.

Wo fertige Bewertungsmodelle vorlagen, wurde daher schon in der ersten Jahreshälfte 2004 damit begonnen, über die Ministerien *Handlungsempfehlungen zur Aktenaussonderung* an die nachgeordneten Dienststellen zu versenden. Nur wenige Behörden befassten sich aber schon vor dem endgültigen Landtagsbeschluss zur Verwaltungsreform mit dem Gedanken an eine Aktenaussonderung und damit letztendlich an den bevorstehenden Umzug oder gar die Auflösung der Dienststelle. In diesem Zeitraum im Frühsommer 2004 konnte es durchaus vorkommen, dass die auf baldige Aussonderung drängenden Staatsarchive erzürnt zur Antwort bekamen, man wolle wohl den Nachlass sichern, bevor der Totenschein ausgestellt sei.

Nachdem der Landtag am 30. Juni 2004 der Verwaltungsreform zugestimmt hatte, stand es allerdings endgültig fest: Allein im Regierungsbezirk Stuttgart, dem Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Ludwigsburg, würden rund 150 untere Sonderbehörden umgegliedert. Und wie sich in den darauf folgenden Wochen

herausstellte, sollte der größte Teil dieser Behörden umziehen.

Spätestens von diesem Zeitpunkt an wurden die für die Überlieferungsbildung zuständigen Referenten in einem Ausmaß in Anspruch genommen, das alle Befürchtungen überstieg. Es wurde zur Regel, dass sie mehr Zeit auf Dienstreise in den aufzulösenden Behörden als im Staatsarchiv verbrachten. Die Arbeitsplanung – sofern sich diese überhaupt noch aktiv betreiben ließ – wurde und wird seitdem nahezu ausschließlich von zwei Faktoren bestimmt: zum einen von dem Zeitpunkt, zu dem die Behörde ihre Büros, Registratur, Keller und Dachboden ge-

räumt haben muss, zum anderen von der Menge an historisch bedeutsamem Schriftgut, das dort noch lagert. Dabei waren es durchaus nicht die Behörden mit den umfangreichsten Altbeständen, die zuerst den Kontakt zum Staatsarchiv suchten. Verständlicherweise meldeten sich umgekehrt zunächst diejenigen Stellen, die seit Jahren mit dem Staatsarchiv eng zusammenarbeiteten und die daher von den Vorteilen einer systematischen Aktenaussonderung nicht mehr überzeugt werden mussten. Vor allem diejenigen Behörden, welche die Aussonderung ihrer Altakten seit Jahren und Jahrzehnten vor sich hergeschoben hatten, standen und



Bergung historisch wertvoller Akten aus einem Behördenkeller, zwei Wochen vor dem Umzug.

Aufnahme: Landesarchiv Baden-Württemberg StAL

stehen jetzt aber vor einem Berg an Altlasten, der ihnen weniger denn je zu bewältigen erscheint. Die Bereitschaft, sich ausgerechnet kurz vor einem Umzug auch noch mit solchen Aufgaben befassen zu müssen, ist nicht immer vorhanden; gelegentlich müssen die Mitarbeiter solcher Behörden erst davon überzeugt werden, welches Einsparpotenzial an Arbeitszeit und Umzugskosten in der Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv liegt.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Umsetzung der Verwaltungsreform zunächst für zahlreiche Behördenmitarbeiter mit Unsicherheiten über die zukünftige Entwicklung, mit befürchteten und realen Veränderungen des Arbeitsplatzes und nicht selten mit einer hohen Arbeitsbelastung verbunden war. Es ist im Grunde erstaunlich und hoch erfreulich, dass das Staatsarchiv in seinem Bemühen um die Sicherung der Überlieferung trotz alledem in den allermeisten Fällen mit hohem persönlichem Einsatz vonseiten der Behörden unterstützt wurde. Nicht selten gehörte die korrekte Ablieferung der für das Staatsarchiv bestimmten Unterlagen zu den letzten Amtshandlungen aufgelöster Dienststellen. Dahinter stand nicht nur die Einsicht, dass ein kostspieliges Umziehen nicht mehr benötigter Altakten vor dem Steuerzahler nicht zu verantworten ist. Noch häufiger wirkte offenbar der Appell an das *Arche-Noah-Prinzip*: Was von den Behörden überdauern soll, muss jetzt ins Archiv. Welchen gewaltigen Einschnitt die Verwaltungsreform darstellt, zeigt sich auch daran, dass dem Archiv in den vergangenen Monaten vermehrt *Schätze* anvertraut wurden, deren Ablieferung zum Leidwesen der Archivare teilweise jahrzehntelang abgelehnt worden war. Dazu gehören zum Beispiel die Forsteinrichtungswerke oder die Ortsakten der Schulämter, beides Quellengattungen, die eine wesentliche Grundlage jeder orts- und regionalgeschichtlichen Forschung bilden.

Manchmal mag sogar ein gewisses Mitleid mit uns Archivaren dazu beigetragen haben, dass der Kampf um die Rettung der Überlieferung aus den zu räumenden Gebäuden in gemeinsamen solidarischen Anstrengungen aufgenommen wurde. Wer einmal mitbekommen hat, was es für das Archiv bedeutet, wenn Behörden komplett umziehen, weiß das mitfühlende Erstaunen vieler Behördenmitarbeiter darüber zu schätzen, dass in dieser Situation selbst die Archivverwaltung die 20-prozentige Einsparquote mit zu erfüllen hat. Denn eine Aktenaussonderung unter dem Vorzeichen der völligen Räumung eines Gebäudes, das häufig schon seit deutlich über 100 Jahren von einer Behörde genutzt wird, bedeutet einen Arbeitsaufwand, der mit einer *normalen* Aktenaussonderung nicht zu vergleichen ist. Jetzt geht es darum, längst vergessene Abstellkammern und *Kruschdecken* vom

Dach bis zum Boden zu sichten. An die physische und gelegentlich auch psychische Belastbarkeit wurden hohe Anforderungen gestellt: Ganze Arbeitstage wurden auf Dachböden bei deutlich über 35 Grad und ebenso in Kellern bei Temperaturen um den Gefrierpunkt verbracht. Andere Möglichkeiten gab es angesichts der drohenden Umzugstermine nicht. Am Ende zeigte es sich immer, dass sich die Mühen gelohnt hatten, gerade dann, wenn die Behörde selbst skeptisch über das Verhältnis von erwartetem Arbeitsaufwand und Ergebnis gewesen war. So kam zum Beispiel nach einer tagelangen Kellertrümpelung nahezu die komplette schulgeschichtliche Überlieferung des Ostalbkreises aus den vergangenen 150 Jahren ans Tageslicht. Immer wieder berichten die Kollegen über spektakuläre Einzelfundstücke, die teilweise bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen.

Natürlich gibt es nicht nur erfreuliche Erfahrungen. Angesichts der immensen Zahl umziehender Behörden ist davon auszugehen, dass es in Einzelfällen zu irreversiblen Überlieferungsverlusten gekommen ist und manchmal gerade das, was jahrzehntelang von zurückhaltenden Amtsleitern oder Behördenmitarbeitern gehortet worden war, von verzweifelnden Mitarbeitern kurz vor dem Auszug in den Reißwolf geworfen wurde. Gelegentlich half auch nur noch die Notübernahme, die jeder Aussonderungsreferent in *normalen* Zeiten zu vermeiden versucht hätte, nämlich die Einlieferung von Schriftgut ohne ausreichende Übergabeverzeichnisse. Aber es ist doch überwiegend – wenn auch mit erheblichem Ar-

beitseinsatz – gelungen, die Behörden bei ihrem Umzug effektiv zu unterstützen, die wesentliche Überlieferung zu sichern und gleichzeitig zu verhindern, dass der Vorschlag mancher Behördenmitarbeiter: *Können wir nicht einfach alles ins Archiv bringen?* umgesetzt wurde. Trotz einer immens hohen Anzahl an Aktenzugängen liegt die Gesamtmenge der im Staatsarchiv Ludwigsburg eingekommenen Unterlagen nicht wesentlich über dem langjährigen Durchschnitt, sodass mit den zahlreichen Aktenbewertungen in den Behörden das Ziel *Qualität statt Quantität* in der Überlieferungsbildung erreicht wurde.

Zum Jahreswechsel 2004/05 war etwa ein Drittel bis die Hälfte der anstehenden Behördenumzüge und der damit verbundenen Aktenaussonderungen bewältigt. Bis 2006 dürfte wohl auch die letzte untere Sonderbehörde die Eingliederung in die Landkreise auch räumlich vollzogen haben. Natürlich haben die Behörden ihre zur aktuellen Aufgabenerledigung benötigten Unterlagen behalten, so dass damit zu rechnen ist, dass auch in den nächsten 10–20 Jahren noch staatliches Schriftgut aus dann kreiseigenen Behörden auszusondern ist.

Bewältigt ist die Flut der Aktenzugänge damit noch lange nicht. Schon jetzt zeichnet sich zwangsläufig ab, dass der für die Aktenaussonderung notwendige hohe Arbeitsaufwand seine Fortsetzung in der Bearbeitung der Zugänge finden wird. Es wird zu den neuen Aufgaben im Landesarchiv Baden-Württemberg gehören, dafür rationelle Vorgehensweisen zu entwickeln ■ Elke Koch

Projekt Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen erfolgreich abgeschlossen

Seit der Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* im August 2000 konnten auch die Archive ihrer historischen und moralischen Verantwortung, die mit der Entschädigung von Zwangsarbeitern verbunden ist, Ausdruck verleihen. Die Tätigkeit des eigens für die Nachweissuche gegründeten bundesweiten Archivverbands endete am 31. Dezember 2004. Damit verbunden war auch die Auflösung der beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart eingerichteten *Landeskoordinierungsstelle für die Nachweisbeschaffung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter* in Baden-Württemberg.

Im Zeitraum 2001–2004 konnten insgesamt 8330 Fälle durch die Landeskoordinierungsstelle für die weitere Recherche durch Gemeindeverwaltungen und Kommunalarchive aufbereitet werden. Mithilfe eines festgelegten Verfahrensablaufs wurden zusätzlich zur kommunalen Ebene auch Firmen-, Kreis- und

Staatsarchive sowie die AOK-Bezirksdirektionen in die Nachweissuche einbezogen. Eine spürbare Erleichterung bei der Koordinierung der Anfragen brachte im Jahre 2003 die Ausweitung des elektronischen Verteilsystems über das Internet, an dem die Stadtarchive Aalen, Freiburg im Breisgau, Friedrichshafen, Heilbronn, Karlsruhe und Ulm, die Kreisarchive Alb-Donau-Kreis, Enzkreis und Esslingen sowie die vier Staatsarchive teilnahmen. Der Anteil positiver Rechercheergebnisse lag bei durchschnittlich 15 Prozent, in einzelnen Archiven erreichte er sogar einen Wert von 25 Prozent.

Die zeit- und personalintensive Beteiligung an dem bundesweiten Projekt *Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen* konnte nur durch die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der ehemaligen Landesarchivdirektion und allen beteiligten Institutionen bewältigt werden ■ Anja Adelt

Restaurierung von flutwassergeschädigten Akten aus Grimma in Ludwigsburg

Angesichts der umfassenden Berichterstattung über den Brand in der Weimarer Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek am 2. September 2004 mag die Erinnerung an die Flutkatastrophe des Jahres 2002, die in weiten Gebieten Sachsens und Sachsen-Anhalts Schädigungen an Archiv- und Bibliotheksgut im Tonnenmaßstab verursachte, bereits verblasen. Tatsächlich sind aber die Rückstände bei Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten in den betroffenen Einrichtungen noch lange nicht abgearbeitet. Einige Bestände müssen zwar als *Totalverlust* abgehakt werden, aber viele Objekte können – nach einer fachgerechten Trocknung – restauriert werden, was erhebliche Kosten verursacht. Auf Beschluss der Archivreferentenkonferenz wurde einigen sächsischen Kommunalarchiven die kostenfreie Restaurierung ausgewählter Objekte in Werkstätten staatlicher Archivverwaltungen angeboten.

Das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut übernahm drei Akten-

bände des Stadtarchivs Grimma aus dem 16.–18. Jahrhundert (Ratsprotokolle und Ratswahl) sowie zwei Bände aus dem Kreismuseum Grimma. Alle Objekte hatten – gemeinsam mit vielen anderen – aus den Wasser- und Schlammmassen gerettet und rechtzeitig vor dem Einsetzen von Schimmelbefall eingefroren werden können. Das Einfrieren und die anschließende Gefriertrocknung waren von gewerblichen Dienstleistern übernommen worden.

Die Bände erreichten das Institut nun zwar trocken, aber trotzdem in einem beklagenswerten Zustand: Durch die vorübergehende Nässe waren sie wellig verformt und stark verschmutzt. Hinzu kamen Schäden, die nicht auf Feuchte-, sondern vielmehr auf Hitzeeinwirkung zurückzuführen waren. So war das Papier an den Rändern und Kanten verbräunt und sehr spröde geworden. In den Bänden befindliche Wachssiegel waren geschmolzen und hatten Flecken hinterlassen. Pergamente waren geschrumpft. Auf

einem flexiblen Papierumschlag hatte sich sogar eine breite braune Einkerbung *ingebrannt* und damit die ganze erste Lage verblockt – offensichtlich die Folge des Trocknungsvorgangs. Wenn die Gitteroste, auf denen die Archivalien liegen, zu stark aufgeheizt werden, um die Behandlungsdauer zu verkürzen, können die Objekte an den Kontaktstellen echte *Brandschäden* erleiden. Nun ist es bei der großen Masse an Trocknungsgut nicht immer möglich, den Weg eines einzelnen Buchs vom Archivmagazin vor der Katastrophe bis zum Wiedereinstellen nach der Behandlung im Einzelnen nachzuvollziehen. Trotz dieser Lücke in der Dokumentation sollte aber eine Verkürzung der Behandlungszeit nicht auf Kosten der Archivalien gehen.

Für die Restaurierung mussten die Archivbände zerlegt werden. Sämtliche Blätter wurden trocken gereinigt und einer traditionellen Nassbehandlung (Bad in warmem Wasser, anschließend Pufferung in besonders hartem, mit Kalzium- und Magnesiumsalzen angereicherten Wasser) unterzogen. Einige Papiere wurden zusätzlich mit Phytat gegen Tintenfraß behandelt. Risse und Fehlstellen wurden mit Japanpapier und Weizenstärkekleister ausgebessert, und für die Nachleimung wurde Methylzellulose verwendet. Schließlich wurden die Archivalien schutzverfilmt.

Sicherlich ist die Behandlung einiger weniger Bände nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man das gesamte Ausmaß der Flutschäden betrachtet. Das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut hat trotzdem gern diesen kleinen Beitrag zur Erhaltung von historischem Schriftgut der Stadt Grimma geleistet. Bei der Behandlung der eingelieferten Stücke wurden Erfahrungen gesammelt, die für zukünftige Schadensfälle von hohem Wert sind ■ *Anna Haberditzl*



Versprödung aller Ränder und eingebrannte Kerbe durch Kontakt mit überhitztem Rost als Folgen eines Verfahrensfehlers.

Aufnahme: Landesarchiv Baden-Württemberg IfE mit freundlicher Genehmigung des Stadtarchivs Grimma

Modernisierung der Geräteausstattung in den technischen Werkstätten im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Innovationen im Dienste der Erhaltung und der Nutzung von Archivgut

Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart konnte im vergangenen Jahr 2004 die Ausrüstung seiner technischen Werkstätten modernisieren. Durch die gezielte Neuanschaffung von Geräten wurden die Leistungsfähigkeit der Werkstätten gestärkt, die Arbeitsprozesse rationalisiert sowie der Service für die Nutzer des Archivs verbessert.

Von besonderer Bedeutung für die Restaurierungswerkstatt war die Anschaffung einer Papieranfasermaschine des Typs *Atlantis*. Das neue Gerät, von einem bayerischen Anbieter produziert, trat an die Stelle eines älteren, manuell betriebenen Anfasengeräts. Die Maschine zeichnet sich insbesondere durch eine sehr hohe Qualität der Anfaserung aus. Fehlstellen im Papier können nun auf rationelle Weise überaus präzise gefüllt werden.

Die Tätigkeit der Fotowerkstatt des Hauptstaatsarchivs ist inzwischen in hohem Maße von digitalen Techniken geprägt. Foto- und Kopieraufträge der Archivnutzer werden zum großen Teil mit Hilfe von Scannern oder einer digitalen Kamera bearbeitet. Einen wichtigen Baustein bei der Modernisierung der Geräteausstattung stellte der Kauf eines Buchscanners dar, der ebenfalls im vergangenen Jahr realisiert werden konnte. Bestel-

lungen von Kopien aus Amtsbüchern und gebundenen Akten, die bisher über die Mikروفilmkamera abgewickelt wurden,

können nun mithilfe modernster Scanntechnik rationell bearbeitet werden. ■
Wolfgang Mährle



*Inbetriebnahme der Anfasermaschine Atlantis.
Aufnahme: Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS*

Akten und Grundbücher der württembergischen Adelsmatrikelkommission neu erschlossen



*Das Wappen der Freiherren von Hügel.
Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS E 157/1 Bü. 534*

Die Adelsmatrikelkommission ressortierte im württembergischen Ministerium des Innern und war für die Anlegung und Fortführung der Personal- und Realmatrikel sowie der Wählerverzeichnisse für die Erste – und bis 1906 auch Zweite Kammer – des württembergischen Landtags zuständig, um die Einhaltung der Rechte und Pflichten des württembergischen Erbadels zu gewährleisten.

Nach dem Ende der Monarchie, mit dem auch die restlichen Privilegien des Adels abgeschafft wurden, übergab das württembergische Ministerium des Innern im Jahre 1924 die Unterlagen der Kommission an das damalige württembergische Staatsarchiv Stuttgart. Sie bildeten dort den Bestand E 157 (E 157/1 Akten, E 157/2 Grundbücher). In Zusammenhang mit der Erschließung der Überlieferung des württembergischen Innenministeriums bis 1945 geriet auch die Adelsmatrikelkommission ins Blickfeld. Bei der im

Laufe des Jahres 2004 erfolgten Bearbeitung des Bestands kamen in den Unterlagen zu den einzelnen Adelsfamilien zahlreiche handgefertigte Wappen der wichtigsten württembergischen Adelsfamilien, Lagepläne von Rittergütern, vereinzelt auch kunstvoll gestaltete Wappendarstellungen und Ahnentafeln zum Vorschein. Aufgrund dieser Tatsache wurden die Titelaufnahmen ausführlicher als zunächst geplant gestaltet. Für beide Teilstände ist je ein Onlinefindbuch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg verfügbar, wobei für das Findbuch E 157/1 die Wappenabbildungen zusätzlich digitalisiert wurden und damit ebenso zu einem Großteil im Internet einsehbar sind. Der neu erschlossene Bestand bietet eine umfangreiche Fundgrube zum Adel im 19. Jahrhundert und dürfte auch für die adlige Familienforschung äußerst ergiebig sein. ■
Johannes Renz

Piccard online – Digitale Präsentationen von Wasserzeichen und ihre Nutzung

Internationale Fachtagung zur Wasserzeichenforschung in Stuttgart

Am 25./26. November 2004 fand im Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine internationale Fachtagung zu Wasserzeichen, ihrer wissenschaftlichen Erforschung und digitalen Präsentation statt. Unter dem Titel *Piccard online* stand dabei die Wasserzeichensammlung Piccard im Hauptstaatsarchiv, die als weltweit größte und bedeutendste Sammlung gilt, im Mittelpunkt (<http://www.piccard-online.de>). Ihre digitale Publikation im Internet wird gerade in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt vorbereitet und bot aktuellen Anlass zur Präsentation und Diskussion im internationalen Rahmen.

Organisiert vom Hauptstaatsarchiv und der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, gab die Tagung zunächst in einem Workshop Gelegenheit, inhaltliche und technische Möglichkeiten der digitalen Präsentation von Wasserzeichen und ihrer Vernetzung im internationalen Kontext zu profilieren. Einführend wurden zunächst die aktuellen Förderstrategien der DFG im Bereich Informationssysteme für die Erforschung des Mittelalters und der Frühen Neuzeit vorgestellt (Johannes Fournier, Bonn), wovon auch die Tagung wesentlich profitieren konnte. Etwa 60 Fachleute, Handschriften- und Inkunabelforscher, Kunst- und Papierhistoriker, Musikwissenschaftler und andere Wasserzeichenexperten aus sechs europäischen Ländern und Russland referierten und diskutierten anschließend den aktuellen Stand im wissenschaftlichen und technischen Umgang mit den Wasserzeichen. An den Workshop schlossen sich gut besuchte öffentliche Vorträge zu Biografie und Werk von Gerhard Piccard (Hermann Bannasch, Stuttgart) und dem Papier des berühmten Buxheimer Orgelbuchs aus dem 15. Jahrhundert (Judith Kaufmann, München) an. Auch bei Presse und Rundfunk fand das Expertentreffen ein unerwartet starkes Interesse.

Der Ansatz der Tagung war ein doppelter: Es sollte zunächst um den Umgang mit Wasserzeichen, ihre Sammlung, Publikation und wissenschaftliche Bedeutung gehen. Damit ging es gerade auch um den Einsatz neuer Medien, um die Vernetzungsmöglichkeiten großer Daten-

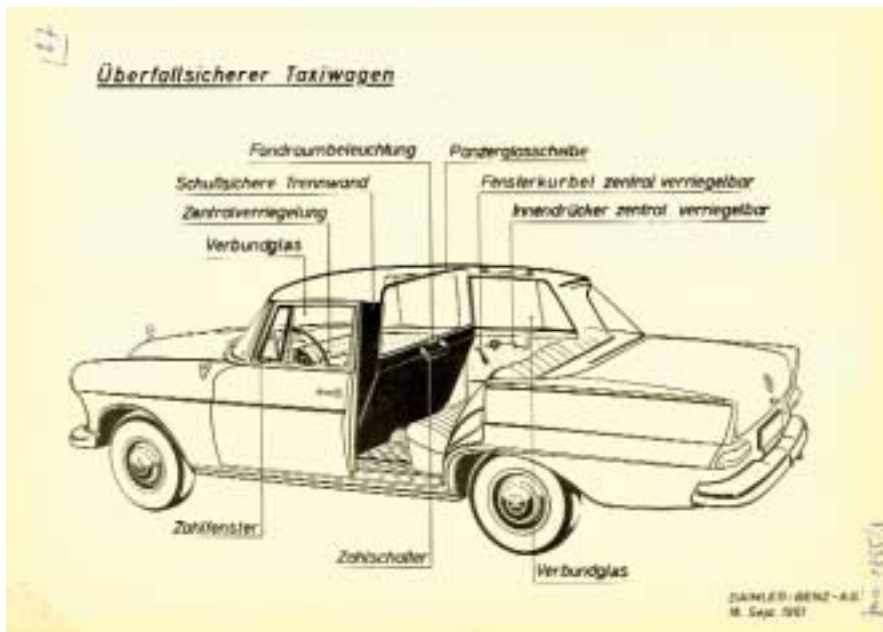
mengen in Text und Bild und die Entwicklung von Strategien zur internationalen Kooperation. Daneben bildeten die konkreten Anforderungen und Perspektiven der Nutzung digitaler Wasserzeichensammlungen, vor allem aus dem Bereich der Handschriftenforschung, einen zweiten thematischen Schwerpunkt.

Das Internetangebot zur Wasserzeichenforschung wird dominiert von drei großen Wasserzeichendatenbanken, die nacheinander vorgestellt wurden: Die Sammlung *Wasserzeichen des Mittelalters* (WZMA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien (<http://www.oeaw.ac.at/ksbm/wz/wzma2.htm>), die Sammlung *Watermarks in incunabula printed in the Low Countries* (WILC) der Koninklijke Bibliotheek in Den Haag (<http://watermark.kb.nl/>) sowie die Sammlung Piccard (<http://www.piccard-online.de>), die mit rund 20 000 bereits im Internet publizierten Wasserzeichen auch hier die Reihenfolge anführt.

Nach einem einführenden Überblick über die Entstehungs- und Erschließungsgeschichte der Sammlung Piccard, die von Gerhard Piccard (1909–1989) als sein Lebenswerk mit fast 100 000 Wasserzeichenbelegen aufgebaut und in 17 einschlägigen Findbüchern zum Teil publiziert wurde (Peter Rückert, Stuttgart), wurde die Internetpräsentation von Piccard online vorgestellt (Jeannette Godau, Stuttgart). Bis Mitte des Jahres 2005 soll die Piccardsammlung komplett im Internet publiziert sein. Erste Perspektiven für ein umfassendes Internetportal, ausgehend von den drei benannten großen Wasserzeichensammlungen, konnten bereits entworfen werden (Gerald Maier, Stuttgart). Es folgte die eingehende Vorstellung der Datenbank WZMA (Maria Stieglecker/Alois Haidinger, Wien), deren Verlinkung mit Piccard online bereits in dem laufenden DFG-Projekt umgesetzt wird. Die Sammlung WILC mit ihren rund 16 000 Belegen komplettierte den nachhaltigen Eindruck digitaler Wasserzeichenpräsentationen, verknüpft mit fachgerechter Recherchefunktionalität (Gerard van Thienen, Den Haag/Martine Veldhuizen, Utrecht).

Der mit diesen Präsentationen zur Diskussion gestellte wissenschaftliche Umgang mit Wasserzeichen wurde in den anschließenden Vorträgen auf die Anforderungen und Perspektiven der Nutzung hin konkretisiert. Diese wurden vor allem aus dem Bereich der Handschriften- und Inkunabelforschung formuliert; zunächst mit einem weit gefassten Überblick über die Bedeutung publizierter Wasserzeichensammlungen für diesen Bereich (Christoph Mackert, Leipzig), anschließend in Hinblick auf die zentrale Problematik der internationalen Wasserzeichenterminologie (Nigel Palmer, Oxford). Dabei drängte sich in der Diskussion besonders die Notwendigkeit des terminologischen Abgleichs der bislang unterschiedlichen Wasserzeichennomenklaturen auf, der gleichzeitig eine mehrsprachige Verfügbarkeit impliziert.

Konkrete Erfahrungen und Anforderungen aus der Praxis der Handschriftenerschließung vermittelten abschließend Referate aus den *Handschriftenzentren* bei den Staatsbibliotheken Berlin (Anne-Beate Riecke/Juliane Trede) und München (Hardo Hilg/Karl Heinz Keller). Hier wurde der Umgang mit den vorgestellten Datenbanken – der bereits zum Erschließungsalltag der Handschriftenbeschreiber gehört – bis ins Detail problematisiert und evaluiert. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen so weit wie möglich noch in die laufende Projektarbeit einbezogen und als Anregung für neue Projekte aufgegriffen werden. Gerade dieser konkrete Erfahrungsaustausch der professionellen Nutzer digitalisierter Wasserzeichensammlungen sorgte schließlich für eine angeregte Schlussdiskussion, die nicht zuletzt von dem internationalen Format und der interdisziplinären Ausrichtung ihrer Teilnehmer profitierte. Die im Rahmen der Tagung gebotenen Kontaktmöglichkeiten haben jedenfalls die internationale Zusammenarbeit über die virtuelle Vernetzung digitalisierter Wasserzeichensammlungen hinaus auch im individuellen wissenschaftlichen Umgang mit den Wasserzeichen fördern können und lassen weitere grenzüberschreitende Kooperationen erwarten ■ *Peter Rückert/Jeannette Godau*



Modell eines überfallsicheren Taxiwagens, 1961.

Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS EA 2/303 Bü. 688

Neuaufbau und Verfassungsschutz

Zur Erschließung der Akten der Polizeiabteilung des Innenministeriums nach 1945

Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart wurde Ende des Jahres 2004 die Ordnung und Verzeichnung des Bestands EA 2/303 *Innenministerium, Abteilung III: Landespolizeipräsidium* abgeschlossen. Sie war 2000 begonnen und seitdem mit wechselnden Bearbeitern weitergeführt worden. Der 140 Regalmeter umfassende Bestand enthält Schriftgut vom Kriegsende 1945 bis in die 1980er Jahre und ergänzt damit die beiden Vorgängerbestände EA 2/301 und EA 2/302, die auch den Zeitraum von 1945 bis 1983 abdecken und auf früheren Ablieferungen des Innenministeriums beruhen. Aus der Zeit von 1812 bis 1945 liegt ebenfalls ein neu erschlossener Bestand von Polizeiakten vor, dessen Inventar im Jahr 2000 publiziert wurde. Alle Bestände sind nach demselben Aktenplan geordnet und somit gleichzeitig zu nutzen. Das Quellenmaterial zur Polizei in Württemberg, Württemberg-Baden und Baden-Württemberg ist also nunmehr für einen Zeitraum von über anderthalb Jahrhunderten kontinuierlich erschlossen.

Die Akten spiegeln die Entwicklung des Rechtsstaats und der Liberalisierung der Gesellschaft nicht nur in Württemberg-Baden und in Baden-Württemberg,

sondern auch in der gesamten Bundesrepublik wider. Naturgemäß berichten sie über den Dienstbetrieb und die alltäglichen Aufgaben, die Aus- und Fortbildung der Polizei und deren Routineeinsätze. Einen breiten Raum nimmt aber auch das Verhalten bei Streiks, Demonstrationen, Studentenunruhen, das Vorgehen gegen die Baader-Meinhof-Gruppe sowie die Überwachung der links- und rechtsextremen Gruppierungen und Parteien wie der KPD und ihrer Ersatzorganisationen ein. Zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit wurde zeitweise die Pressefreiheit eingeschränkt. Streng beobachtet wurden auch politische Betätigungen von Ausländern, die Jugend- und Rauschgiftkriminalität und Verstöße gegen die Sitten. Zeittypische Formen der Kriminalität führten je nach aktuellem Anlass zu Diskussionen wie etwa über Sicherheitsmaßnahmen gegen Überfälle auf Taxifahrer und Überfälle auf Frauen durch Besatzungssoldaten.

Der Bestand steht der Forschung und interessierten Nutzern zur Verfügung und kann auch über das Internet eingesehen werden. Allerdings sind vor allem bei personenbezogenen Akten noch Sperrfristen zu beachten ■ *Wlfrid Braunn*



Handbuch zur Demonstration gegen Atomraketen, 1983.

Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS EA 2/303 Bü. 685

Der letzte Grandseigneur

Fürst Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg (1863 – 1950) im Spiegel seines Nachlasses

Der letzte Grandseigneur – diese zugleich Achtung und Distanz ausdrückende Formulierung eines Verwandten über den gerade verstorbenen Fürsten Ernst II. kann als Leitmotiv und Substrat eines ganzen Lebens angesehen werden. Höf-



*Erbprinz Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg (1863 – 1950), um 1900.
Aufnahme: Thomas Kreuzer, Zweiflingen
Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg HZAN La 142 Nr. 897*

lichkeit und Verbindlichkeit gegenüber seinen Mitmenschen, aristokratisches Selbstbewusstsein, musikalisches Interesse, Weltläufigkeit und Verbundenheit mit der politischen Welt des Kaiserreichs kennzeichneten den Senior des Hauses Hohenlohe, dessen Lebensspanne von der Monarchie über die Weimarer Republik und das *Dritte Reich* bis in die junge Bundesrepublik hineinreichte. Im privaten Umfeld und bei seinen Korrespondenzpartnern aufgrund seiner Umgangsformen jederzeit beliebt, pflegte Ernst II. auch im politischen Kontext zunächst eine gemäßigte, vermittelnde Liberalität, wie sie der Tradition des südwestdeutschen Hochadels und auch seiner Familie entsprach. Doch sein prinzipiell monarchistisch ausgerichtetes Staatsverständnis führte ihn während der Umbrüche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in eine politische Sackgasse.

Anders als sein berühmter Verwandter, Reichskanzler Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, stand Ernst II. nur selten im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Dennoch bekleidete er eine Reihe von öf-

fentlichen und halb öffentlichen Ämtern, die ihn zumindest für politisch Eingeweihte zu einer bekannten Größe machten. Erstmals für ein größeres Publikum in Erscheinung trat der ausgebildete Jurist und Diplomat, als er 1900 nach zwei unerwarteten Todesfällen in der Familie seiner Gattin, Prinzessin Alexandra zu Sachsen-Coburg-Gotha, die Regentschaft im gleichnamigen Herzogtum übernahm. Nach dem Ende der Coburger Zeit wurde er vom Kaiser als Leiter des neu zu schaffenden Reichskolonialamts vorgese- hen, doch ließ der Reichstag diese Pläne 1906 fürs Erste scheitern. Obwohl Ernst II. nicht nur aufgrund dieser Erfahrung dem Parlamentarismus zeitlebens ein starkes Misstrauen entgegenbrachte, ließ er sich 1907 in den Reichstag wählen. Trotz aller Vorbehalte trat er dort als Redner auf und brachte es als Kompromisskandidat sogar bis zum Amt des Vizepräsidenten, wenn er dabei auch eine nicht ganz glückliche Figur abgab.

An einer Fortsetzung der politischen Karriere zeigte er nach dem Ende der Legislaturperiode 1911 kein Interesse mehr. Insbesondere nachdem er 1913 seinem

Vater als Fürst nachgefolgt war, konzentrierte sich Ernst II. zunehmend auf seine hohenlohischen Besitzungen sowie auf Aktivitäten im Hintergrund des politischen Tagesgeschäfts: in der evangelischen Kirche, im Johanniterorden und im Roten Kreuz. Während des Ersten Weltkriegs gelangte er noch einmal zu hohen Ehren und Ämtern, indem er Führungspositionen innerhalb der freiwilligen Krankenpflege bis hin zum Kaiserlichen Kommissar und Militärinspekteur übernahm und einige wichtige diplomatische Missionen (unter anderem nach Konstantinopel) leitete. Doch der Zusammenbruch der Monarchie fügte seinem Weltbild einen erheblichen Schaden zu, sodass er sich künftig aus der *großen Politik* heraushielt und sich lieber in der Kirche sowie in Vereinen und Verbänden engagierte.

Der Weimarer Republik stand er als Adliger stets reserviert gegenüber, und das Anbrechen einer neuen Zeit 1933 schien ihm durchaus begrüßenswert. Im fortgeschrittenen Alter jedoch kehrte Ernst II. nicht wieder in die Politik zurück, sondern kümmerte sich – seit 1926 Se-



*Erbprinzessin Alexandra zu Hohenlohe-Langenburg geb. von Sachsen-Coburg-Gotha (1878 – 1942) mit ihren Kindern in Nizza, 1908.
Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg HZAN La 142 Nr. 638*



Postkarte von Erbprinzessin Alexandra zu Hohenlohe-Langenburg an Erbprinz Ernst II. mit der Aufnahme aller vier Kinder, 1903.

Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg HZAN La 142 Nr. 632

nior des Gesamthauses – vornehmlich um die Erhaltung des Familienbesitzes und andere familiäre Belange. Zwar pflegte der Fürst Kontakte zu antisemitisch und völkisch gesinnten Kreisen und ließ sich auch von politischen Kampf- und Veteranenverbänden wie dem Stahlhelm vereinnahmen, doch zugleich missbilligte er die zunehmende Einflussnahme seitens der NS-Reichskirche auf die württembergische Landeskirche. Krieg und Nachkriegszeit waren für Ernst II. vor allem geprägt durch familiäre Tragödien und Verlust in Form von Todesfällen und Gefangenschaften.

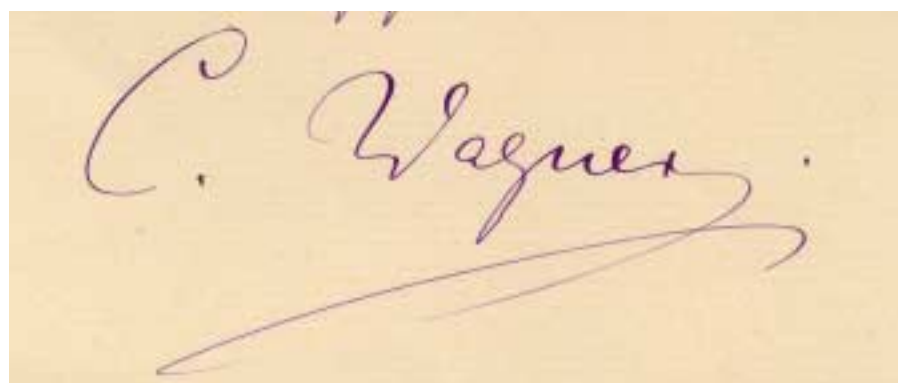
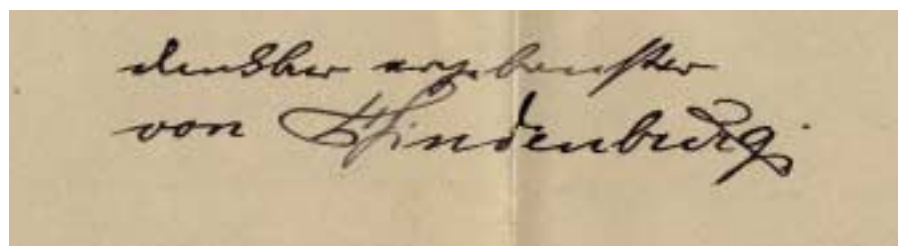
Im Zusammenhang mit einem größeren Projekt zur Erschließung von langenburgischen Nachlässen im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein wurde 2004 die schriftliche Hinterlassenschaft von Ernst II. geordnet und verzeichnet. Der reichhaltige, 16 Regalmeter umfassende Nachlass deckt die gesamte Lebenszeit des Fürsten ab und erlaubt tiefe Einblicke in die Handlungsmuster und Wahrnehmungsweisen eines Standesherrn in Zeiten der schleichenden Bedeutungserosion des Hochadels. Dabei stehen weniger die aus den verschiedenen Amtstätigkeiten Ernsts II. entstandenen Unterlagen im Vordergrund, denn erwartungsgemäß handelt es sich überwiegend um eine Überlieferung von privaten Papieren, die sich grob in Sachakten, Korrespondenzen, Tagebücher und Fotografien unterteilen lassen.

Der Bestand ist dennoch in vielfältiger Weise nutzbar zu machen, etwa im Sinne einer Kulturgeschichte, welche die Internationalität des Hochadels bei gleichzeitig nationaldeutscher Gesinnung oder den Rückzug in die Privatsphäre und auf die Ebene politischer Vereine nach dem Ende des Kaiserreichs thematisieren könnte. Von sozialgeschichtlichem Interesse wären unter anderem die gesellschaftliche Bedeutung des Hochadels in Weimarer Republik und Drittem Reich

sowie die konservative Familienpolitik in diesen Kreisen, während sich die Politikgeschichte das Verhältnis des Hochadels zum Parlamentarismus, die Vorgeschichte des Reichskolonialamts oder die politischen Entwicklungen im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha im frühen 20. Jahrhundert vornehmen könnte. Für die Landes- und Regionalgeschichte finden sich Materialien zur Württemberg-Badenschen Ballei des Johanniterordens sowie zu den regionalen Organisationsformen des Roten Kreuzes und der evangelischen Kirche. Hingegen für die Kirchengeschichte des gesamten Reichs bedeutsam ist das frühe Eintreten Ernsts II. für die Einheit der deutschen Evangelischen Kirche. Auch die biografische Forschung zu Persönlichkeiten aus Politik und Kultur jener Epoche stößt in den Kor-

respondenzen des Fürsten auf reiches Studienmaterial mit Briefen von Wilhelm II., Paul von Hindenburg, Cosima Wagner und Queen Victoria von Großbritannien, um nur einige der bekanntesten zu nennen. Schließlich bietet der Nachlass natürlich viele Bausteine zur Geschichte des Hauses Hohenlohe-Langenburg sowie der anderen Familienzweige.

Durch eine Anzahl weiterer neu verzeichneter Nachlässe aus Langenburg – insbesondere der Gattin Alexandra sowie der Töchter Alexandra und Irma – kann die Betrachtung des familiären Umfelds von Ernst II. noch weiter abgerundet werden. Bei der Nutzung ist allerdings zu berücksichtigen, dass Archivgut, das jünger als 100 Jahre ist, einer gleitenden Sperrfrist unterliegt, die auf Antrag verkürzt werden kann. ■ Thomas Kreutzer



Unterschriften von Paul von Hindenburg, 1920 (oben), und von Cosima Wagner, 1891 (unten), aus Briefen an Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg.

Vorlagen: Landesarchiv Baden-Württemberg HZAN La 142 Nr. 768 und 782.

... nur einen Buchstaben Widerantwort von dero vielgeliebten, schönen, schneeweißen Händen erwartend ...

Was sich adelige Brautleute im Jahre 1620 zu sagen hatten

Dass Archive Schatzkammern sind, ist eine Binsenweisheit. Dass die Schätze durch gezielte Forschung gehoben werden können, ist archivistische Normalität. Doch Schätze, die durch einen glücklichen Zufall zutage treten, gehören oft zu den schönsten Entdeckungen. Als nicht nur inhaltlich interessant, sondern auch schön in der äußerlichen Gestaltung erweist sich auch der Fund, der letztthin im Generallandesarchiv Karlsruhe bei der täglichen Recherchenarbeit in ganz anderem Themenzusammenhang und an völlig unerwarteter Stelle gelang.

Es handelt sich um den *Briefwechsel des Hans Jakob Wurmser von Vendenheim mit seiner Braut Maria Veronica Böckin zu Gerstheim* aus dem Jahre 1620, wie es nüchtern im Findbuch zum

so genannten Politischen Nachlass von Berckheim im Bestand 52 des Generallandesarchivs heißt. Auf Anhieb lässt sich nicht vermuten, dass sich dahinter veritable Liebesbriefe verstecken. Es sind sechs Briefe aus der Zeit zwischen dem 16. Juli und dem 1. September 1620, vier von der Braut und zwei vom Bräutigam, alle eigenhändig geschrieben. Maria Veronica lebte damals in Gerstheim, dem Besitz einer der Linien des verzweigten elsässischen Adelsgeschlechts der Bock/Böcklin, etwa 22 Kilometer südlich von Straßburg; Hans Jakob, ebenfalls dem elsässischen Adel angehörend, war herzoglich württembergischer Geheimer Rat und Hofmeister in Mömpelgard. Wenige Wochen nach diesem, freilich nur fragmentarisch erhaltenen Briefwech-

sel fand die Vermählung der beiden statt.

Trotz aller Konvention, die den beiden die Feder geführt hat, spürt man aus ihren Worten, dass es sich bei dieser Verbindung offensichtlich um mehr als eine dynastische Ehe gehandelt hat, dass sich die Brautleute tatsächlich in Liebe zugehen waren. Wie sonst wäre Hans Jakob wohl auf die Idee gekommen, den – durchaus bürokratischen – Eingangsvermerk auf einem der Briefe seiner Braut mit einem Herzchen zu verzieren oder – was noch mehr und sogleich ins Auge springt – seine Schreibe auf eigens dafür kunstvoll verzierte Bögen zu schreiben. Das Prachtstück, den hier abgebildeten ersten Brief in der Reihe, hat er am 16. Juli 1620 aus Mömpelgard gesandt, *in dem Zeichen der Zwillinge, da wir aus Gottes Schickung unsere getreuen Gemüter zusammen versprochen haben*, wie er das Datum anrührend ergänzte. Es scheint, dass er den Briefbogen eigens von einem Maler hatte verzieren lassen. Das zweite, weniger aufwendig mit verschiedenen Vögeln geschmückte Blatt könnte er auch selbst bemalt haben.

Die Briefe geben einen seltenen Einblick ins Persönliche und Private einer adeligen Beziehung; sie sind nicht zuletzt reizvoll wegen des Unterschieds zwischen männlicher und weiblicher Diktion und Orthografie und wegen des darin zum Ausdruck kommenden Rollenverständnisses. So sind sie ein authentisches Stück Kulturgeschichte.

Wie kommt die private Korrespondenz zweier elsässischer Adelige ins Generallandesarchiv? Die Briefe waren mit wenigen anderen die Wurmser betreffenden Archivalien ins Freiherrlich von Berckheimsche Archiv in Rittersbach bei Bühl (Landkreis Rastatt) gelangt. Der großherzogliche Kammerherr und Grundherr zu Rittersbach Christian Freiherr von Berckheim hinterlegte sie als einzige Stücke seines Archivs im Jahre 1910 im Generallandesarchiv. Hinweise auf seine Beweggründe dafür konnten nicht festgestellt werden. Die Maßnahme sollte sich aber im Nachhinein als segensreich erweisen. Das Berckheimsche Archiv wurde nämlich im Zweiten Weltkrieg nach Bochum ausgelagert und ist dort einem Luftangriff zum Opfer gefallen. Unter den zerstörten Archivalien befand sich auch die Heiratsabrede zwischen Hans Jakob Wurmser von Vendenheim und Maria Veronica Böckin zu Gerstheim vom 28. Oktober 1620, eine Pergamenturkunde mit drei Siegeln!

Eine Edition der Briefe an geeignetem Ort ist vorgesehen. ■ *Herwig John*



Brief des herzoglich württembergischen Geheimen Rats und Hofmeisters Hans Jakob Wurmser von Vendenheim aus Mömpelgard an seine Braut Maria Veronica Böcklin in Gerstheim vom 16. Juli 1620.

Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg GLAK 52 von Berckheim/17.



Erteilung des Ritterschlags durch den Hoch- und Deutschmeister Maximilian Franz von Österreich an seinen künftigen Koadjutor Karl Ludwig von Österreich am 11. Juni 1801 in Mergentheim, kolorierte Radierung.
Vorlage: Landesarchiv Baden-Württemberg StAL JL 425 Tom. 17 Qu. 2

Diplomatische Geschichte der TeutschMeistern und Kronicke der Stadt Mergentheim

Das Onlinefindbuch zur Sammlung Breitenbach

1784 erschien in Paris der erste von acht Bänden der *Histoire de l'Ordre Teutonique par un chevalier de l'ordre* des Freiherrn Wilhelm Eugen Josef von Wal. Auf 1784 ist, sicher nicht zufällig, auch das Titelblatt eines nie zum Druck gelangten Manuskripts datiert, Paul Anton Breitenbachs *Diplomatische Geschichte*. Es blieb erhalten im Bestand JL 425 des Staatsarchivs Ludwigsburg, *Sammlung Breitenbach zur Geschichte des Deutschen Ordens*. Das Findbuch zu diesem in 40 Bänden (Tom) zusammengefassten Bestand – die Bezeichnung *Tomus* für das einzelne Faszikel lässt noch den Plan einer Veröffentlichung erkennen – liegt nun im Internet unter den Onlinefindmitteln des Staatsarchivs vor.

Paul Anton Breitenbach († 1834), deutschordischer Regierungsadvokat in Mergentheim, seit 1809 erster Archivar des württembergischen Nebenarchivs Mergentheim, wurde möglicherweise von seinem Verwandten, dem Frankfurter Deutschordenspriester Jakob Breiten-

bach († 1807), zu seiner Arbeit angeregt. Fortgeführt wurde die Sammlung durch Paul Antons Neffen Anton Breitenbach († 1868), zweiter und letzter Archivar des Nebenarchivs Mergentheim. Der Geheime Archivar Carl Friedrich Pfaff urteilte um 1835 in seiner Vorbemerkung zum ersten Findbuch über die Sammlung Breitenbach: *Dieses nun für das K. Staatsarchiv – das heutige Hauptstaatsarchiv – angeschaffte Werk ... ist mehr eine Sammlung von Materialien als eine schon ausgearbeitete Geschichte*. Die 40 Bände bestehen überwiegend aus Urkundenregesten und -abschriften (*diplomatisch* = durch Urkunden belegt). Sie lassen sich in vier Teile gliedern: Der erste und umfangreichste behandelt chronologisch die Geschichte der Deutschmeister (ab 1527 Administratoren des Hochmeistertums und Deutschmeister) bis zum Jahr 1809, der zweite Teil umfasst die um 1800 zum Deutschen Orden gehörenden Balleien und Kommenden, wobei das Schwergewicht auf der Stadt Mergentheim und

dem dortigen Deutschen Haus liegt. Der dritte und kleinste Teil gilt der Prosopographie einzelner Deutschordensritter, der vierte enthält Unterlagen zum Staatsrecht des Deutschen Ordens und zu verlorenen Besitzungen, juristische Deduktionen – darunter die Beantwortung von Fragen des Ordensoberhauptes Maximilian Franz zu Baron von Wals Ordensgeschichte – und Darstellungen zur Geschichte des Deutschen Ordens. Tomus 40 schließlich fasst die Sammlung Jakob Breitenbachs zusammen, innerhalb derer das Deutsche Haus in Frankfurt-Sachsenhausen den Schwerpunkt bildet.

Der Wert der Sammlung Breitenbach besteht zum einen darin, dass sie aufgrund der Kenntnis des Ordenshauptarchivs und der um 1800 verfügbaren Literatur schnell relativ zuverlässige Informationen über zeitliche Abschnitte der Ordensgeschichte, über geografische Bereiche – das Ordensgebiet reichte nach dem Verlust Palästinas bis Friesland, Livland, Griechenland und Spanien – und über

einzelne Deutschordensritter ermöglicht. Zum anderen tradiert die Sammlung Stücke, die nur noch hier überliefert sind. Zum Dritten sammelte Breitenbach auch Originale, und zwar insbesondere bildliche Quellen, Drucke und Zeitungen. Zu den Glanzstücken der Sammlung gehört die – fünfte – *Ausschreibung und wahrhaftig verantwortung* des Götz von Berlichingen von 1527 über sein Verhalten im Bauernkrieg. Der heutigen Forschung kommt zugute, dass Breitenbach in der Regel nachwies, woher er seine Informationen bezog, auch wenn er sich häufig auf ein ex Original beschränkte. Bedacht sein will allerdings, dass Vollständigkeit das nur sehr selten erreichte Ziel von Sammlungen ist.

Der Bestand JL 425 wurde aus Mitteln der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg durch Marionela Wolf verzeichnet, wobei in der Regel die einzelnen

Quellen in Kurzregesten erfasst sind. Die Verzeichnung wird ergänzt durch eine ausführliche Einleitung, einen Personen- und Ortsindex (Identifizierung der Orte nach heutiger Verwaltungsgliederung) sowie, im Anhang, Verzeichnisse der in der Sammlung enthaltenen Zeitungsexemplare und der von Breitenbach zitierten oder in seine Sammlung aufgenommenen gedruckten Quellen und Darstellungen. – Weiteres Sammlungsgut der beiden Archive Breitenbach enthält der von Dorothea Bader verzeichnete Bestand B 236 *Historische Sammlungen zur Geschichte des Deutschen Ordens und der Stadt Mergentheim* (ebenfalls Onlinefindbuch).

Weshalb kam Breitenbachs Darstellung über das so genannte Meistertum und über Mergentheim nie zum Druck? Zum einen dürfte dem Mergentheimer Regierungsadvokaten seine Sammlung

mit ihren zahlreichen Querverweisen und Mehrfachüberlieferungen über den Kopf gewachsen sein. Zum anderen hatte er sich mit renommierten Konkurrenten zu messen: 1802 veröffentlichte Conrad Joseph Bachem, Syndikus der Ballei Altenbriesen, seinen *Versuch einer Chronologie der Hochmeister des Deutschen Ordens vom Jahre 1190 bis 1802*, 1807 ließ Baron von Wal – nun nicht mehr in Paris, sondern in Mergentheim – die *Recherches sur l'ancienne constitution de l'Ordre Teutonique* erscheinen. Zum Dritten schließlich verloren mit dem Ende des Deutschen Ordens im Reich 1809 historisch-statistisch-topografische Sammlungen wie die Breitenbachs und Darstellungen wie die Bachems und von Wals ihre politische Berechtigung: Der Staat, dem sie dienen sollten, bestand nicht mehr ■ *Norbert Hofmann*

Kippenheimer Höfer-Fund im Hauptstaatsarchiv Stuttgart erschlossen

Vor etwa zehn Jahren fand Metzgermeister Hans Höfer aus Kippenheim im Ortenaukreis auf dem Dachboden seines Hauses Unterlagen der jüdischen Familie Weil(). Bei den Mitgliedern der Familie handelt es sich um Vorfahren des Komponisten Kurt Weill, die bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Kippenheim ansässig waren.

Die Familie Weil() betätigte sich im Metzgereiwesen, im Vieh- und vor allem im Eisenhandel, in welchem sie geschäftliche Beziehungen bis ins heutige Bundesland Nordrhein-Westfalen pflegte. Daneben stellte sie sich auch immer wieder als Geldverleiher zur Verfügung.

Als Projekt des Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V. und finanziert von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg wurden die teils stark geschädigten Unterlagen von einer privaten Restaurierungswerkstatt restauriert und danach von einem Mitarbeiter des Hauptstaatsarchivs Stuttgart im Rahmen eines Werkvertrags fachlich erschlossen.

Während das älteste Schriftstück, ein Heiratsvertrag, auf das Jahr 1819 zurückgeht, stammen die anderen Dokumente hauptsächlich aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Einen Großteil des Bestands bilden geschäftliche Unterlagen der Eisenhandlung, dazu kommen einige Schriftstücke, welche die Tätigkeit der Familie im Geldverleih dokumentieren. Hervorzuheben ist auch eine Serie persönlicher Briefe, die hauptsächlich in *Judedeutsch* geschrieben wurden und auf Grund der Verwendung des hebräischen Alphabets nur von *Eingeweihten* gelesen werden können. Bei der Zuordnung dieser Briefe war ein Mitarbeiter des Leo-Baeck-Instituts in Berlin behilflich.

Auf Grund der fehlenden Ordnungsstruktur – eine erste Sichtung ließ eine Sammlung von Einzelblättern vermuten – mussten vor Beginn der eigentlichen Titelaufnahmen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Schriftstücken überprüft und sinnvolle Verzeichnungseinheiten gebildet werden. Eine zusätzliche Erschwernis bildete der fragmentarische Charakter vieler Schriftstücke. Im Frühjahr 2004 lag schließlich das Arbeitsergebnis in Form eines Findbuchs mit 120 Titelaufnahmen vor. Anschließend erfolgte

im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg die Anfertigung von Duplikat- und Sicherungsfilmen, bevor die Originalunterlagen schließlich im September dem Kreisarchiv des Ortenaukreises in Offenburg übergeben wurden, das sie seitdem als Depositum verwahrt. Einer der Duplikatfilme ist auch im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter der Signatur J 387, das Findbuch unter derselben Signatur auch online auf der Homepage des Landesarchivs verfügbar ■ *Johannes Renz*



Spuren jüdischen Lebens in der Ortenau: Schriftstücke aus dem Kippenheimer Höfer-Fund vor der Restaurierung.

Aufnahme: Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS.

Normung im Bereich Schriftgutverwaltung

DIN-Norm und DIN-Fachbericht sind erschienen

Zielsetzung des internationalen Normungsprojekts zur Schriftgutverwaltung war es, einen Rahmen zu schaffen für die Verwaltung und Verwahrung von Schriftgut, das bei privaten Unternehmen oder bei öffentlichen Einrichtungen im Zuge der Geschäftstätigkeit oder der Aufgabenerfüllung entsteht. Über den Hintergrund und den Verlauf der 1997 aufgenommenen Normungsarbeit wurde bereits an dieser Stelle berichtet (Archivnachrichten Nr. 20). Das Ergebnis des Projekts ist zum einen eine Qualitätsnorm, welche die Funktionen und Anforderungen an die Schriftgutverwaltung definiert, und zum anderen ein nicht normativer Fachbericht, der Hinweise gibt für die Implementierung der Norm in die Praxis der Schriftgutverwaltung. Im Oktober 2001 wurden die Norm zur Schriftgutverwaltung (*records management*) und der dazugehörige Fachbericht in englischer Sprache veröffentlicht. Von deutscher Seite fungierte als Spiegelgremium der Ausschuss *Archiv- und Schriftgutverwaltung*, ein Arbeitsausschuss des Normungsausschusses *Bibliotheks- und Dokumentationswesen* im DIN, der am Normungsvorhaben mitwirkte und die Übernahme in das deutsche Normenwerk betrieb. Inzwischen liegen Norm und Fachbericht in deutscher Sprachfassung vor: Die Norm wurde als DIN ISO 15489-1 (*Information und Dokumentation – Schriftgutverwaltung, Teil 1: Allgemeines*) im Dezember 2002 veröffentlicht, der dazugehörige DIN-Fachbericht ISO/TR 15489-1 (*Schriftgutverwaltung, Teil 2: Richtlinien*) ist im August 2004 erschienen. Die Übersetzung der Norm ins Deutsche war nicht unproblematisch, da zum einen die Normvorschriften eine wortgetreue Übersetzung vorschreiben, zum anderen aber bei vielen Begriffen nicht immer eine eindeutige Entsprechung gefunden werden konnte.

Gegenstand der Norm ist ausschließlich der Bereich der Schriftgutverwaltung: die Verwaltung und Verwahrung von Unterlagen in Archiven werden nicht berücksichtigt. Sie beinhaltet elf Abschnitte. Abschnitt 1 beschreibt zunächst den Anwendungsbereich, Abschnitt 2 verweist auf andere ISO-Normen, die für den Bereich der Schriftgutverwaltung relevant sind, und Abschnitt 3 umfasst eine kurze Liste mit Definitionen. Abschnitt 4 – Nutzen der Schriftgutverwaltung – legt die Vorteile dar, die eine gute Schriftgutverwaltung für eine Institution mit sich bringen. Dazu gehört unter anderem, dass sie die Voraussetzung für eine or-

dentliche, effiziente Geschäftsführung schafft, Führungsentscheidungen unterstützt und gesetzliche Vorschriften und Richtlinien erfüllt, indem zum Beispiel Handlungen und Entscheidungen nachvollziehbar gemacht werden. Abschnitt 5 verweist auf das Regelungsumfeld, das bei der Schriftgutverwaltung zu beachten ist, wie allgemeine und besondere Gesetze, bereichsspezifische Vorschriften oder freiwillige *Codes of best practice*. Der sechste Abschnitt beinhaltet Grundsätze, Zielvorgaben und Verantwortlichkeiten im Bereich der Schriftgutverwaltung. Organisationen sollen Richtlinien und Vorgaben zur Schriftgutverwaltung aufstellen mit dem Ziel, authentisches, zuverlässiges und nutzbares Schriftgut zu erzeugen und zu verwalten, mit denen geschäftliche Aufgaben und Aktivitäten so lange wie erforderlich unterstützt werden können. Ein zentrales Kapitel ist Abschnitt 7, in dem die Anforderungen an die Schriftgutverwaltung umrissen werden. Unternehmen oder Behörden sollen ein umfassendes Programm zur Schriftgutverwaltung einführen und anwenden, das festlegt, welche Akten im jeweiligen Geschäftsverlauf zu erstellen und welche Informationen in die Akten aufzunehmen sind, in welcher Form und Struktur Akten zu bilden sind, welche Metadaten anzulegen sind und wie gewährleistet werden kann, dass Schriftgut verfügbar und nutzbar bleibt. Die erforderlichen Funktionalitäten und Merkmale von Schriftgutverwaltungssystemen wie Zuverlässigkeit, Integrität, Vollständigkeit und Systematik werden in Abschnitt 8 benannt und beschrieben. Des Weiteren werden die Grundsätze und Vorgehensweisen bei der Entwicklung und dem Einsatz solcher Systeme dargestellt. Dieser Abschnitt betrifft auch direkt die archivische Vorfeldarbeit: Schriftgutverwaltungssysteme sollen nämlich Entscheidungen zur Aufbewahrung und Aussonderung von Schriftgut erleichtern und umsetzen können. Kapitel 9 – Prozesse und Steuerung der Schriftgutverwaltung – beinhaltet die Verfahren und die Steuerung der Schriftgutverwaltung auf der operativen Ebene. Hierbei werden Arbeitsabläufe und Instrumente der Schriftgutverwaltung dargestellt und ihre Funktionen verdeutlicht. Die Abschnitte 10 und 11 schließlich befassen sich mit der regelmäßigen Überwachung und Überprüfung der Abläufe und Verfahren bei der Schriftgutverwaltung sowie der Aus- und Fortbildung.

Der technische Fachbericht ist eine Anleitung, eine Hilfestellung zur Anwen-

dung der Norm. Er enthält sechs Kapitel sowie zwei Anhänge, eine Bibliografie und einen Index. Der Schwerpunkt des Fachberichts liegt auf der Darstellung, wie beim Entwurf und der Einführung eines Schriftgutverwaltungssystems vorzugehen ist. Dazu gehören die Festlegung von Verfahrensgrundsätzen zur Schriftgutverwaltung, die Berücksichtigung der Bedürfnisse interner und externer Interessenspartner (hierzu zählen beispielsweise auch die Archive) und die Bestimmung der Befugnisse und Zuständigkeiten aller an der Schriftgutverwaltung beteiligten Beschäftigten.

Wozu dient nun eine Norm im Bereich der Schriftgutverwaltung? Ein wesentlicher Gewinn ist darin zu sehen, dass sie Schriftgutverwaltung als Management- und Führungsaufgabe begreift, denn eine funktionierende Schriftgutverwaltung, welche die geschäftlichen Aktivitäten unterstützt und auch zukünftige Nutzungsmöglichkeiten berücksichtigt, ist von elementarer Bedeutung für Unternehmen wie auch für Verwaltungen und sonstige Organisationen. Dadurch wird das Qualitätsbewusstsein in der Schriftgutverwaltung gestärkt. Die Norm legt dar, in welcher Weise Unternehmen oder auch Verwaltungen ihre Informations- und Schriftgutverwaltung so verbessern können, dass sie unmittelbar ihren geschäftlichen Interessen nützt.

Die Normungsarbeit im Bereich Schriftgutverwaltung ist mit der Veröffentlichung von Norm und Fachbericht nicht abgeschlossen. Spätestens nach einer Periode von fünf Jahren werden Normen einer Überprüfung unterzogen. Inzwischen ist die Revision der Norm im internationalen Normausschuss *records management* anhängig. Ein im Vorfeld entwickelter Fragebogen, der Aufschluss geben soll über praktische Erfahrungen im Umgang mit Norm und Fachbericht, um daraus Anregungen für mögliche Änderungen zu gewinnen, soll ebenfalls ins Deutsche übersetzt werden. Es ist vorgesehen, den Fragebogen über die Homepage des deutschen Spiegelgremiums beim DIN zu veröffentlichen (www.nabd.din.de). Norm- und Fachbericht sind über den Beuth-Verlag (10772 Berlin; postmaster@beuth.de) zu beziehen. Weitere Informationen sind auch im Internetangebot des Landesarchivs verfügbar (www.la-bw.de > Fachinformationen > Bewertung und Überlieferungsbildung ■ Nicole Bickhoff

Veranstaltungstermine

23. März – 8. Mai 2005 *Karlsruhe-Durlach*: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Rechtsgelehrter, Ministerpräsident, Bundeskanzler. Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart (Auskunft: Hauptstaatsarchiv, Konrad-Adenauer-Straße 4, 70173 Stuttgart, Telefon 07 11/2 12-43 35, Telefax 07 11/2 12-43 60, E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de).

16. April – 17. Juli 2005 *Heidelberg*: Traum & Wirklichkeit. Vergangenheit und Zukunft der Heidelberger Schlossruine. Ausstellung zum 100. Jubiläum des Handbuchs der deutschen Kunstdenkmäler von Georg Dehio unter Beteiligung des Generallandesarchivs Karlsruhe im Ottheinrichsbau des Schlosses (Auskunft: Generallandesarchiv, Nördliche Hildapromenade 2, 76133 Karlsruhe, Telefon 07 21/9 26-22 06, Telefax 07 21/9 26-22 31, E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de).

2. – 3. Mai 2005 *Inzigkofen*: Ahnenforschung online. Nutzerseminar des Staatsarchivs Sigmaringen in Zusammenarbeit mit dem Volkshochschulheim Inzigkofen im Volkshochschulheim (Auskunft: Staatsarchiv, Karlstraße 1 + 3, 72488 Sigmaringen, Telefon 075 71/1 01-5 51, Telefax 075 71/1 01-5 52, E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de).

3. Mai 2005 *Ludwigsburg*: Nürnberg und seine Lehre. Film des Büros der Militärregierung der USA in Deutschland von 1947. Vorführung im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv, Arsenalplatz 2, 71638 Ludwigsburg, Telefon 071 41/18-63 10, Telefax 071 41/18-63 11, E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de).

3. – 31. Mai 2005 *Stuttgart*: Besetzt – befreit. Dokumente zum Kriegsende 1945. Archivale des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

6. Mai 2005 *Sigmaringen*: Einführung in die Archivarbeit. Quellen aufspüren, Hintergründe erschließen. Seminar der Landeszentrale für politische Bildung und des Staatsarchivs Sigmaringen in Zusammenarbeit mit dem Hohenzollerischen Geschichtsverein und dem Verein für Familien- und Wappenkunde in Württemberg und Baden (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

11. Mai 2005 *Ludwigsburg*: Wir führen was im Schilde. Kinderveranstaltung von Dr. Elke Koch und Carmen Haug im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

31. Mai 2005 *Ludwigsburg*: Kafkas Welten oder Der verwaltete Mensch. Hinterlassenschaften der modernen Bürokratie im Staatsarchiv. Führung von Dr. Peter Müller im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

1. Juni – 31. August 2005 *Stuttgart*: Im neuen Haus leb' fort der alte Geist! Das Stuttgarter Hoftheater in der Ära des

Intendanten Putlitz. Archivale des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

3. – 4. Juni 2005 *Lindau (Bodensee)*: Organisationsreformen und ihre Auswirkungen auf die archivische Arbeit – Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. 65. Südwestdeutscher Archivtag im Großen Ratssaal (Auskunft: Dr. Kurt Hochstuhl, Staatsarchiv, Colombistraße 4, 79098 Freiburg im Breisgau, Telefon 07 61/3 80 60 11, Telefax 07 61/3 80 60 13, E-Mail: stafreiburg@la-bw.de).

10. Juni – 17. Juli 2005 *Wertheim-Bronnbach*: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Rechtsgelehrter, Ministerpräsident, Bundeskanzler. Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart im Kloster (Auskunft: Staatsarchiv, Bronnbach Nr. 19, 97877 Wertheim, Telefon 093 42/9 15 92-0, Telefax 093 42/9 15 92-30, E-Mail: stawertheim@la-bw.de).

10. Juni – 31. Juli 2005 *Ludwigsburg*: ... und wir hörten auf, Mensch zu sein. Der Weg nach Auschwitz im Spiegel der Sammlung Wolfgang Haney.

Deutsch-polnische Wanderausstellung des Bundesarchivs im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

14. Juni 2005 *Ludwigsburg*: Europa und der Holocaust. Was machte die Verfolgung der Juden in den von Deutschland besetzten Ländern populär? Vortrag von Professor Dr. Götz Aly im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

16. Juni – 16. September 2005 *Sigmaringen*: Die Gutmanns. Geschichte einer jüdischen Familie. Ausstellung im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

21. Juni 2005 *Ludwigsburg*: Stand der juristischen Aufarbeitung des Holocaust. Vortrag von Kurt Schrimm im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

7. Juli 2005 *Wertheim-Bronnbach*: Literaturgeschichte(n) II. Der junge Kurt Georg Kiesinger als Gelegenheitsdichter. Vortrag von Dr. Peter Thaddäus Lang, Albstadt, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Wertheim).

13. September – 16. Dezember 2005 *Stuttgart*: Antonia Visconti († 1405). Ein Schatz im Hause Württemberg. Ausstellung im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

21. September – 31. Dezember 2005 *Ludwigsburg*: Bildertheater – Theaterbilder. Ausstellung in der Kreissparkasse und im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

27. – 30. September 2005 *Stuttgart*: Archive im Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag im Kongresszentrum Liederhalle (Auskunft: VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.,

Geschäftsstelle, Postfach 2119, 99402 Weimar, Telefon 0 36 43/8 70-2 35, Telefax 0 36 43/8 70-1 64, E-Mail: info@vda.archiv.net).

30. September – 1. Oktober 2005 *Stuttgart*: Historische Vereine im Nationalsozialismus. 32. Tag der Landesgeschichte im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

14. Oktober 2005 *Stuttgart*: La France et la Méditerranée. Thementag im Rahmen der Französischen Woche in und um Stuttgart im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

19. Oktober – 23. Dezember 2005 *Sigmaringen*: Alte Pläne neu im Blick. Hohenzollern in historischen Plänen des preußischen Staatshochbauamts Sigmaringen. Ausstellung im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

20. Oktober 2005 *Wertheim-Bronnbach*: Literaturgeschichte(n) III. Wolfram & Co. – Wertheimer Autoren von 1200 bis 2000. Vortrag von Wolf Wiechert, Wertheim, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Wertheim).

27. – 28. Oktober 2005 *Stuttgart*: Antonia Visconti († 1405). Ein Schatz im Hause Württemberg. Wissenschaftliche Tagung zur Ausstellung im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

27. – 29. Oktober 2005 *Sigmaringen*: Adel in Oberschwaben. Wissenschaftliche Tagung der Gesellschaft Oberschwaben in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Sigmaringen im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

10. November 2005 *Wertheim-Bronnbach*: Literaturgeschichte(n) IV. Eine Wertheimer Schriftstellerin – Amara George alias Mathilde Binder alias Mathilde Kaufmann (1835–1907). Vortrag von Dr. Hilde Heidelmann, Wertheim, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Wertheim).

18. – 20. November 2005 *Inzigkofen*: Ahnenforschung online. Nutzerseminar des Staatsarchivs Sigmaringen in Zusammenarbeit mit dem Volkshochschulheim Inzigkofen im Volkshochschulheim (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

Mittwoch, 11.30 Uhr, *Stuttgart*: Kurzführung zum Archivale des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

1. Donnerstag im Monat, *Stuttgart*: Führung durch die Ständige Ausstellung Spuren menschlichen Wollens, Handelns und Erleidens um 16.30 Uhr im Hauptstaatsarchiv; Einführung in die Nutzung des Hauptstaatsarchivs um 17.30 Uhr im Hauptstaatsarchiv. Darüber hinaus bietet das Hauptstaatsarchiv regelmäßig Hausführungen, thematische Führungen und Seminare zur Einführung in die Archivarbeit an (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart) ■ *Luise Pfeifle*



Landesgeschichte(n)

Herausgegeben vom Landesarchiv Baden-Württemberg

Nr. 30 Mai 2005

Kriegsgefahr und Waffenhandel

Das württembergische Innenministerium, die Leutkircher Bürgerwehr und der Konflikt zwischen Preußen und der Schweiz 1856/57

In den letzten Monaten des Jahres 1856 und im Januar des Folgejahrs lebten die Bürger Südwestdeutschlands mit der Erwartung eines Kriegs im eigenen Land. Trotz der Vermittlung der Großmächte hatte sich Preußen mit der Schweiz nicht über die Auslieferung einiger Putschisten einigen können, die gewaltsam versucht hatten, im Kanton Neuenburg eine pro-preußische Regierung einzusetzen. Preußen brach deshalb am 13. Dezember die diplomatischen Beziehungen nach Bern ab und unternahm Vorbereitungen für eine Mobilisierung seiner Truppen, während die Schweiz im Gegenzug noch vor Weihnachten mobil machte und das Bundesheer an der Rheingrenze aufmarschieren ließ. Auf dem Bodensee wurden Dampfschiffe requiriert und mit Geschützen ausgestattet.

Der schweizerisch-preußische Konflikt wurde von den Zeitgenossen nicht nur als Konfrontation zwischen zwei Staaten, sondern auch als ein Zusammenstoß von monarchischen und republikanischen Werten erlebt. Preußen ging es um die Durchsetzung seiner landesherrlichen Sonderrechte im Kanton Neuenburg, die ihm seit der Revolution von 1848 vorenthalten wurden. Die übrigen Großmächte hatten diese Ansprüche zwar formell anerkannt, Preußen aber nicht bei der Durchsetzung unterstützt. Auch die krisenhafte Zuspitzung verbesserte Preußens Lage nicht, da es den Status Neuenburgs nicht verändern und nur insofern sein Gesicht wahren konnte, als es die Abschiebung der gefangenen Putschisten

nach Frankreich erreichte. Ab Mitte Januar 1857 war die Kriegsgefahr gebannt, bis zu diesem Zeitpunkt jedoch hatten die Behörden Württembergs die innenpolitischen Folgen des Konflikts zu bewältigen. Eine Akte des Innenministeriums (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 147 Bü. 1964), aus der im Folgenden zitiert wird, gibt diese Folgen anschaulich wieder.

Innenpolitik vor dem drohenden Krieg

Das württembergische Innenministerium hatte während der Neuenburger Affäre ein schwieriges Fahrwasser zu passieren. Zum einen waren seine Beamten an Verhandlungen mit Preußen beteiligt, denn nach dem Recht des Deutschen Bundes war Preußen berechtigt, seine Truppen durch württembergisches Gebiet zu führen, zum anderen hatten sie die erheblichen antipreußischen Vorbehalte der Württemberger und besonders die Ressentiments der demokratischen Gemeinderäte und Abgeordneten in Rechnung zu stellen. Ein komplizierter Kurs der Neutralität war zu finden und einzuhalten.

Noch vor den Weihnachtstagen wurden in Biberach an der Riß und Ulm geheime Vorverhandlungen für den Durchmarsch von 60 000 Mann preußischer Truppen mit 12 000 Pferden aufgenommen. Während der Direktor des Donaukreises, Freiherr Schott von Schottenstein, keinen Zweifel daran ließ, dass einem Durchmarsch organisatorisch kein Hindernis entgegenstehe, meldete der Regierungsrat im Innenministerium Dr.



Jäger Bedenken wegen der Kosten dieses Unternehmens an. Es dürfe sich weder mit dem Bundesrecht noch mit der regierungsamtlichen Linie vereinbaren lassen, wenn Transport und Verpflegung des preußischen Heeres aus der württembergischen Staatskasse beglichen würden. Tatsächlich musste sich Preußen verpflichten, alle diese Kosten unverzüglich in barer Münze zu ersetzen.

Aufruhr und behördliche Besänftigung

Parallel zu den Verhandlungen mit Preußen arbeitete Innenminister Joseph Freiherr von Linden Leitlinien für die



Oben: Franz Josef Freiherr von Linden, württembergischer Innenminister, Lithografie.

Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart, Porträtsammlung B 5079

Unten: Infanterie-Gewehr Modell U7M, St. Blasien 1816/42, Eisen und Holz, Länge 147 cm, Kaliber 17,5 mm.

Vorlage: Wehrgeschichtliches Museum Schloss Rastatt Inv. Nr. 010118



Wiedereroberung des Schlosses in Neuenburg durch
Oberst Denzler am Morgen des 4. Sept. 1856
Zeichnung von Heinrich Jenny
(1824 - 1891)

Rückeroberung des Schlosses Neuenburg durch republikanische Milizen und Bürgerwehren unter Oberst Denzler am 4. September 1856, Zeichnung von Heinrich Jenny.

Vorlage: Schweizerische Landesbibliothek Bern

innenpolitische Behandlung des Konflikts aus und schickte entsprechende Erlasse an die Oberämter. Durch das Eisenbahnnetz hatten sich die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Württemberg intensiviert, und ein Krieg hätte für das Geschäftsklima im Königreich empfindliche Folgen gehabt. Eine völlige Unterdrückung dieser Sorgen hätte die Stimmung eher verschlechtert, und Linden trug diesem Umstand Rechnung, indem er zwischen Versammlungen unterschied, welche *die Erörterung der Angelegenheit aus dem Gesichtspunkte der gewerblichen Interessen zum Zweck haben*, [... und solchen], *welche wegen der ausgesprochenen Tendenz oder der Persönlichkeit der Teilnehmer einen vorzugsweise politischen, wählerischen Charakter und den Zweck haben, in dieser Richtung auf die öffentliche Meinung und das Verhalten der Regierung bestimmend einzuwirken*. Die erstgenannten Versammlungen seien nur polizeilich zu überwachen, während bei Veranstaltungen der anderen Art sichergestellt werden müsse, dass sie im Notfall unverzüglich aufgelöst werden könnten. Auch gegenüber der Presse entschied sich das Ministerium eher für eine dosierte Beeinflussung durch die Einbestellung der Redakteure und Verleger und durch Drohungen mit Beschlagnahme oder Konzessionsentzug. Die Zensur wurde ausdrücklich auf Fälle beschränkt, in denen diese Maßregeln nicht zum Erfolg führten.

Tatsächlich ließ sich die nach den Feiertagen einsetzende Welle von Versammlungen und Proklamationen in einem gewissen Rahmen durch die Behörden steuern. Vom 27. Dezember an gingen in der königlichen Kanzlei Petitionen und Anfragen der Ständeversammlung, der oberschwäbischen Gemeinden und anderer Gruppen ein, in denen die Regierung aufgefordert wurde, einen Durchmarsch preußischer Truppen zu untersagen. Die Regierung konnte sich in einer Stellungnahme gegenüber dem Präsidium des ständischen Ausschusses darauf berufen, dass bisher nur Vorverhandlungen über einen preußischen Durchmarsch unternommen worden seien. Außerdem gelang es den Oberamtännern in einigen oberschwäbischen Gemeinden, eine von den Gemeinderäten geplante Petition an den König zu unterbinden. Der Oberamtmann in Tettnang konnte den Beschluss durch *energisches Einschreiten* aufhalten, und der Ulmer Oberamtmann berichtete: *Mit den Demokraten verbinden sich in dieser aller Orte lebhaft besprochenen Angelegenheit die Industriellen und Gewerbetreibenden aller Farben, und deßhalb war es auch hier schwierig, die beabsichtigte Demonstration zu beseitigen*.

Schweizerische Waffenkäufe in Leutkirch im Allgäu

In dieser recht ruhigen Atmosphäre gelangte am 12. Januar die Nachricht

nach Stuttgart, dass der Gemeinderat der Stadt Leutkirch im Allgäu den Beschluss gefasst habe, die Waffenbestände seiner Bürgerwehr an schweizerische Unterhändler zu verkaufen. Die württembergischen Bürgerwehren, die sich während der Revolution auf eigene Kosten bewaffnet hatten, waren in der Reaktionszeit gesetzlichen Beschränkungen unterworfen, die dazu führten, dass die städtischen Kleinarsenale nutzlos wurden. Dass die Musketen und Bajonette nunmehr in die Hände von republikanischen Schweizern gelangen sollten, hatte einen deutlichen Symbolcharakter.

Von Linden verfügte sofort ein Verbot der Waffenverkäufe, was in vielerlei Hinsicht die Kritik der Gemeinden geradezu herausforderte. Erstens stand nämlich das Verbot nicht im Einklang mit der allgemeinen Handelspolitik, denn ein Ausfuhrverbot war nicht erlassen worden, und schweizerische Offiziere hatten zuvor große Mengen an Pferden und Lebensmitteln erworben. Zweitens hatten schweizerische Behörden auch mit der königlichen Gewehrfabrikverwaltung in Oberndorf am Neckar Verhandlungen über die Lieferung von 10 000 Jägergewehren aufgenommen, die erst am 30. Dezember auf Weisung des königlichen Bergrats gestoppt worden waren. Drittens konnte die Gemeinde mit ihrer Pflicht zu sparsamster Haushaltsführung argumentieren.



Leutkirch im Allgäu um 1850.

Vorlage: Museum im Bock, Leutkirch im Allgäu

Der Gemeinderat von Leutkirch im Allgäu erwiderte in der *Schwäbischen Kronik* vom 21. Januar selbstbewusst: *Die Gewehre etc. der Stadt, im Werthe von etwa 1800 fl., liegen seit Jahren zwecklos da, obgleich sie längst feil sind und dem Staate zweimal zum Kauf angeboten wurden [...].* Der Rat verschanzte sich jedoch nicht hinter dieser Pflicht, sondern behielt seine polemische Haltung bei. Man hätte die Waffen auch an die preußische Kriegspartei verkaufen können, aber von der Gemeinde selbst könnte zu Gunsten der preußischen Dynastie so große Opfer nur derjenige fordern, welcher glaubt, daß alle Stimmen über das dem süddeutschen Volke drohende Unglück verstummen müssen, nachdem man preußischer Seits einmal für gut befunden hat, diese oder jene Formulierung der Vorbedingung für den Verzicht auf die nominelle Oberhoheit in Neuenburg für einen Kriegsfall zu erklären.

Wegen der Petitionen und der Waffenlieferungen versuchte das Innenministerium auch nach dem Abflauen der militärischen Bedrohung, die beteiligten Gemeinderäte für eine Überschreitung ihrer Amtsbefugnisse zur Rechenschaft zu ziehen. Erst im April 1857 plädierte der Direktor des Donaukreises für ein Ende der Untersuchungen, denn die Erklärungen der Gemeinden scheinen uns sämtlich so sehr die Hingebung und das Vertrauen zu der Königlichen Staatsregierung kundzugeben, und mit solcher Wahrscheinlichkeit für eine durch die bloße Sorge um die wichtigsten Interessen ihrer Gemeindeglieder hervorgerufenen Eingebung und gegen jede auf Opposition gerichtete Absicht zu sprechen. Die in der Kriegsangst ergriffenen Maßnahmen hatten in der Rückschau ihre Bedeutung verloren, denn der Schaden für Handel und Gewerbe war abgewendet und die Sorge, dass die Demokraten durch den Konflikt an Anhängern gewinnen könnten, war verflogen. Trotzdem sah sich die Regierung von Linden, die den Landtag 1856/57 fast nie einberufen ließ, ab 1858 scharfen Angriffen von der linken Opposition ausgesetzt – ein Zeichen dafür, dass die durch den Neuenburger Konflikt zeitweise ausgebrochenen innenpolitischen Spannungen unter der Oberfläche stetig weiterwirkten.



Allegorische Darstellung der Idee der schweizerischen Volksbewaffnung.
Vorlage: Schweizerische Landesbibliothek Bern

Literatur

Roland Beck: *Roulez tambours. Politisch-militärische Aspekte des Neuenburger Konflikts zwischen Preußen und der Schweiz 1856/57.* Bern 1982.

Edgar Bonjour: *Der Neuenburger Konflikt 1856/57: Untersuchungen und Dokumente.* Basel 1957.

Hans-Dierk Fricke: *Der vermiedene Krieg zwischen Preußen und der Schweiz: Operationsgeschichtliche Aspekte der Neuenburger Affäre 1856/57.* In: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 61 (2002) S. 431–460 ■ Kai Naumann



Landesarchiv Baden-Württemberg,
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart,
Telefon (07 11) 2 12- 42 73,
Telefax (07 11) 2 12- 42 83.
Redaktion: Dr. Nicole Bickhoff
Gestaltung: Luise Pfeifle
Druck: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart

Das Heft erscheint halbjährlich
und wird kostenlos abgegeben.